Nr. 276. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 35 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 6. Oktober 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Keine bulgarische Antwort auf das russische Ultimatum.

Vom Balkan.

Uebereichung des russischen Ultimatums.

Petersburg, 5. Oktober. (W. T. B.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Das russische Ultimatum an Bulgarien ist dem Ministerpräsidenten Radoslawow gestern Montag, den 4. Oktober, um vier Uhr nachmittags überreicht worden.

* * *

Sofia, 5. Oktober. (T. U.) Die Nachricht vom Ultimatum Rußlands hat durch ihren herausfordernden Ton die größte Erbitterung gegen die Prawoslawen ausgelöst. Sämtliche politische Faktoren sind in fieberhafter Tätigkeit. Im Königspalast finden ununterbrochen Beratungen statt, zu denen alle leitenden Staatsmänner und hohe Offiziere herangezogen werden. In Sofia herrscht erhitzte Stimmung, wie sie vor dem Ausbruch eines Krieges zu sein pflegt. Eingeweihte Politiker waren auf diese kritische Wendung der Dinge vorbereitet, das Ultimatum kam also nicht unerwartet. Wie der Korrespondent der „Telegraphen-Union" von bestinformierten Amtsstellen erfährt, wird Bulgarien auf das Ultimatum eine abschlägige Antwort erteilen. Die diplomatischen Vertreter Italiens, Frankreichs, Serbiens und Montenegros haben ihre Pässe verlangt, die ihnen auch zugestellt wurden und sind bereits abgereist. Nur der englische Gesandte O'Beirne verblieb auf seinem Posten, um das letzte Angebot der Entente zu unterbreiten, das jedoch zu spät eintraf, da die endgültige Entscheidung bereits getroffen war.

Bulgarien hat das russische Ultimatum unbeantwortet gelassen.

Lugano, den 5. Oktober. (T. U.) Nach Meldungen der italienischen Blätter ist das russische Ultimatum an Bulgarien Montag mittag um 12 Uhr abgelaufen, ohne daß die bulgarische Regierung eine Antwort erteilt hätte. Der „Corriere della Sera" erklärt, daß die Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens der bulgarischen Regierung noch im Laufe des Sonntags mitgeteilt hätten, daß die Regierung dieser drei Mächte sich völlig mit Rußland identifizieren und sofort nach Abreise des russischen Gesandten auch ihre Vertreter abberufen würden. Die hier vorliegenden Nachrichten, ob der russische Gesandte Sofia bereits verlassen hat, lauten widerspruchsvoll.

Wie die Blätter weiter berichten, haben sich Sonntag dort nach Bekanntwerden des russischen Ultimatums große deutschfreundliche Demonstrationen ereignet. Die Menge zog in hellen Haufen vor das deutsche und dann vor das österreichische Gesandtschaftsgebäude unter Hochrufen auf die Zentralmächte und Absingung der bulgarischen Nationalhymne. Gewalt gegen die Gebäude der Vierverbandsmächte, die verschiedentlich versucht wurde, konnten die starken Polizeiposten mühelos verhindern, doch wurden überall dem Vierverbande kräftige Pereatrufe dargebracht.

Zur Truppenlandung der Alliierten in Saloniki.

Nochmalige Vorstellungen der Entente in Sofia.

Paris, 5. Oktober. (W. T. B.) Einer Meldung des „Temps" aus Saloniki zufolge haben die Alliierten einen Schritt in Sofia unternommen, um die bulgarische Regierung zu benachrichtigen, daß sie die Fortsetzung der kriegerischen Vorbereitungen nicht dulden könnten. Der Vierverband werde Radoslawow davon in Kenntnis setzen, daß Bulgariens Haltung die Alliierten gezwungen habe, ihre Vorschläge zurückzuziehen und daß Bulgarien sich den Armeen der Alliierten gegenübersehen werde, falls es Serbien angreife. Man wisse nicht, ob diese Aufforderung den Charakter eines Ultimatums haben werde, das eine sofortige unbedingte Antwort Bulgariens verlangen würde.

Venizelos bekennt sich zum Bündnis mit Serbien.

Bern, 5. Oktober. (W. T. B.) Mailänder Blätter erfahren aus Athen, Venizelos habe gestern in der Kammer mitgeteilt, daß die Ententemächte ihre Angebote an Bulgarien zurückgezogen hätten, und hinzugefügt, er werde von der serbischen Regierung die Ermächtigung zur Veröffentlichung des serbisch-griechischen Bündnisvertrages einholen, durch welchen Griechenland sich verpflichtet habe, in jedem Falle jede Macht, die, mit Bulgarien verbündet, Serbien angreifen würde, zu bekämpfen. Diese Erklärung habe in der Kammer großen Eindruck gemacht.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 5. Oktober 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Englische Handgranatenangriffe auf das Werk nördlich von Loos wurden wieder abgewiesen. Bei den vergeblichen Angriffen auf dieses Werk haben die Engländer außer den sonstigen sehr beträchtlichen Verlusten an Toten und Verwundeten über 80 Gefangene und 2 Minenwerfer in unserer Hand gelassen.

Das von den Franzosen an der Höhe nordwestlich Givenchy besetzte Grabenstück ist gestern zurückerobert, 4 französische Maschinengewehre wurden dabei erbeutet.

In der Champagne lag stärkeres feindliches Artilleriefeuer auf der Stellung nordwestlich von Souain, wo auch Angriffsabsichten beim Feinde erkennbar waren. Unser Artilleriefeuer verhinderte ein feindliches Vorgehen.

Bei Vauquois kamen wir mit Minensprengungen dem Feinde zuvor, zahlreiche feindliche Minenstollen wurden abgequetscht.

Feindliche Flieger bewarfen den Ort Biache St. Vaast nordöstlich Arras mit Bomben, ein Einwohner wurde getötet, sonst entstand kein Schaden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Nach ihren Niederlagen am 3. Oktober haben die Russen gestern die Angriffe gegen unsere Stellungen nur mit schwachen Abteilungen wiederholt; sie wurden leicht abgewiesen.

Bei den

anderen Heeresgruppen

hat sich nichts ereignet.

*

Russische Patrouillen tragen, wie einwandfrei festgestellt ist, zur Täuschung unserer Truppen deutsche Helme. Es ist selbstverständlich, daß solche russische Militärpersonen, wenn sie in unsere Hände fallen, nach dem Kriegsrecht behandelt werden.

Oberste Heeresleitung.

* * *

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 5. Oktober. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: Wien, 5. Oktober 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage an der Südwestfront ist unverändert. Auf den Hochflächen von Bielgereuth und Lafraunn hat der Feind seine Angriffe gestern nicht erneuert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen unternahmen von der Drinagrenze aus Streifzüge auf serbisches Gebiet. Es wurden Gefangene eingebracht. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Krieg und Bevölkerungsproblem.

Es dürfte noch erinnerlich sein, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege die Tatsache des „Geburtenrückgangs" Anlaß zu weitschweifigen Erörterungen gab. In Arbeiterkreisen wurde die Diskussion zugespitzt, weil der Gedanke des „Gebärstreiks" von Anhängern des Neumalthusianismus in die Massen geworfen wurde. Da der Krieg selbstverständlich gewaltige Opfer an Menschenleben kostet, so ist die Frage durchaus berechtigt, wie wohl nach diesem Kriege das Problem der Vermehrung der Bevölkerung sich darstellen wird.

Es ist nicht recht klar, warum just 1912/1913 die öffentliche Meinung sich plötzlich so stark mit dem Geburtenrückgang beschäftigte. Die Tatsache selbst besteht nämlich schon lange. Das statistische Material für das gesamte Reich ist leider nicht ganz einwandfrei, weil bisher in den verschiedenen Vaterländern die Bevölkerungsstatistik verschieden gehandhabt wird. Dagegen besitzen wir für Preußen eine lückenlose Zusammenstellung. Für die letzten Jahrzehnte ergibt sich da folgendes:

Auf 1000 der mittleren für das Jahr berechneten Bevölkerung entfielen durchschnittlich jährlich Lebendgeborene:

Jahre	in den Städten	auf dem Lande	im ganzen Staate
1876—1880 . . .	38,06	39,64	39,28
1881—1890 . . .	35,12	38,82	37,11
1891—1895 . . .	34,33	38,06	36,98
1896—1900 . . .	33,16	38,95	36,50
1901—1905 . . .	31,70	37,39	34,88
1906—1910 . . .	29,01	35,18	32,32

Die Zahlen illustrieren, was ja auch allgemein bekannt ist, daß die Geburten in den Städten relativ weniger zahlreich sind als auf dem Lande, ferner, daß die Geburtenhäufigkeit in den Städten in den letzten Jahrzehnten sehr schnell abnimmt, daß schließlich aber auch die ländliche Bevölkerung weniger Kinder zeugt als früher.

Ueber die Ursachen dieses Geburtenrückganges ist man sich im großen und ganzen klar. Es handelt sich da nicht um eine mysteriöse „Erschöpfung der Rasse", sondern um die Folgen der kapitalistischen Entwicklung: unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Zustände schränkt ein großer Teil der Bevölkerung die Kinderzeugung ein. Das ist keineswegs „städtische Verderbnis", denn bei jenen Bauern, die an der Vererbung des ungeteilten Hofes festhalten, war das „Zweikindersystem" schon seit langem Brauch. Doch kann nicht geleugnet werden, daß in dem Maße, als die Großstädte kulturell auf immer weitere Volkskreise einwirken, auch in den ländlichen Gebieten, in denen früher diese Sitte nicht herrschte, die bewußt gewollte Einschränkung der Geburten immer mehr um sich greift. Es ist das ein sozialer Prozeß, der sich nicht aufhalten läßt.

Der Krieg bewirkt nun nicht nur den Tod Hunderttausender von Männern, sondern er bewirkt ferner, daß eine noch größere Zahl von Männern zu Krüppeln wird. Diese Männer werden leider dauernd in ihrer Erwerbstätigkeit geschädigt. Auch wenn wir annehmen, daß in ausgiebigstem Maße vom Staate für sie gesorgt werden wird, ist doch mit großer Sicherheit anzunehmen, daß sie als Ehemänner keine Neigung haben werden, durch Vermehrung der Kinderzahl ihre wirtschaftliche Lage zu verschlechtern.

Wir haben also mit der Tatsache zu rechnen, daß nicht nur während des Krieges die Zahl der Eheschließungen stark zurückgeht, wie es auch früher der Fall war, sondern daß eine gewaltige Zahl von bestehenden Ehen aus dem genannten Grunde dauernd für die Dauer einer Generation weniger fruchtbar sein wird.

Es kommt ein weiteres Moment hinzu, das in seiner Wirkung wohl noch kräftiger und nachhaltiger wirken wird, als das erste: die Zunahme der Berufstätigkeit der Frauen. Der Krieg bewirkt, daß eine gewaltige Zahl von Frauen und Mädchen zur Erwerbstätigkeit greifen muß und daß die kapitalistische Unternehmerschaft schon infolge des faktischen Mangels an männlichen Arbeitskräften in noch höherem Maße als in normalen Zeiten sich der Frauenarbeit bedient. Kann man auch annehmen, daß nach Friedensschluß eine große Zahl der Frauen wieder aus dem Erwerbsleben ausscheiden wird, so unterliegt doch gar keinem Zweifel, daß der Krieg einen gewaltigen Anstoß zur Ausdehnung der gewerblichen Frauenarbeit geben wird. Diese Frauenarbeit ist aber eines der stärksten Motive zur Einschränkung der Kinderzahl. Es wird also nach dem Kriege einen stärkeren Prozentsatz Ehen geben, in denen die Frau, weil sie außer dem Hause tätig ist, keine große Kinderschar aufziehen kann.

Diese beiden Gründe — verringerte Erwerbstätigkeit von Hunderttausenden kriegsinvalider Ehemänner und Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frauen — werden daher sicher ein weiteres Zurückgehen der Geburtenzahl herbeiführen.

Die Mediziner weisen auf die Gefahr hin, die in der durch das Kriegsleben bedingten Zunahme der Geschlechtskrankheiten liegt. Diese führen häufig zu einer Unfruchtbarkeit der Ehen. Es liegen zwar keine genügenden Daten vor, um die Bedeutung dieses Faktors in Rechnung zu stellen. Außer acht darf man ihn aber wohl sicher nicht lassen.

Nun können die Optimisten vielleicht einwenden, diese ungünstigen Faktoren werden wettgemacht, weil nach dem Kriege der Mangel an Menschen dazu führen wird, daß das „Fortkommen" leichter wird und deshalb die Sitte der Einschränkung der Kinderzahl außer Kraft treten wird. Das ist indessen eine durchaus falsche Voraussetzung. Selbst in dem durchaus nicht wahrscheinlichen Falle, daß in der nächsten Zeit nach dem Kriege eine Hebung der Lebenslage der arbeitenden Massen eintritt, ist diese Wirkung nicht zu erwarten. Es ist ja erwiesen, daß die Sitte der Einschränkung der Kinderzahl keineswegs bei den Volksschichten herrscht, die im größten Elend leben, sondern es sind ganz im Gegenteil Bourgeoisie, Bauernstand, höher bezahlte Beamte und die bessersituierten Lohnarbeiter, die verhältnismäßig die wenigsten Kinder in die Welt setzen. Wahrscheinlicher ist aber, daß die Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen in der Zeit nach dem Kriege sich schwierig gestalten werden infolge der Teuerung, die ganz sicher noch lange andauern und nicht so leicht durch Lohnsteigerung ausgeglichen wird. Grade das aber würde bewirken, daß die Sitte der Kindereinschränkung noch weiter um sich greift.

Es ist somit ganz sicher, daß dieser Krieg nicht nur unmittelbar Verluste von Menschenleben in ungeheurem, bei früheren Kriegen niemals beobachtetem Maße bringt, sondern auch in seiner Wirkung zu einem weiteren Rückgang der Geburtenzahl führen wird.

Dagegen ankämpfen ist vergeblich, weil tief in den sozialen Verhältnissen wurzelnde Sitten sich eben nicht durch irgendwelche künstliche Mittel beseitigen lassen. Doch kann man die Wirkung des verminderten Geburtenrückganges wett machen, indem man dafür sorgt, daß die Verluste an Menschen geringer werden. In Deutschland ist trotz der verminderten Geburten ein Rückgang der Bevölkerung nicht eingetreten, sondern es findet eine Zunahme statt, weil die Zahl der Sterbefälle noch stärker zurückgegangen ist als die Zahl der Geburten. Weitere Bekämpfung der Sterblichkeit, ganz besonders der Säuglings- und überhaupt der Kindersterblichkeit, muß das Ziel sein. Das aber ist eine Frage der Sozialpolitik im großen Maßstabe. Es kommt darauf an, das Wohnungswesen zu reformieren, den arbeitenden Frauen und besonders den Wöchnerinnen wirklich wirksamen Schutz angedeihen zu lassen und ebenso den Kindern. Weil der Krieg in seinen Wirkungen zu weiterem Rückgang der Geburtenzahl führen wird, muß es Aufgabe sein, durch eine großzügige Sozialpolitik diese Wirkung abzuschwächen. Ob die kapitalistische Gesellschaft das leisten wird, darauf kommt es an.

Besetzung von Bahnlinien durch Griechenland.

Amsterdam, 5. Oktober. (W. T. B.) Ein hiesiges Blatt meldet aus London: Die griechische Regierung hat die Bahnlinie Saloniki—Monastir bis Kenali und die Linie Saloniki—Uesküb bis Gewgeli besetzt, da die griechischen Behörden diese Linien unter eigener Aufsicht haben wollen.

Mailand, 5. Oktober. (W. T. B.) (Ueber Bern.) Der Sonderberichterstatter des „Secolo" drahtet aus Saloniki: Der griechische Verkehrsminister Diamantides ist am 3. Oktober in Saloniki eingetroffen und hat am folgenden Nachmittag von der Orientbahnstrecke Saloniki—serbische Grenze Besitz ergriffen, welche bisher deutschen Kapitalisten gehörte. Die griechische Regierung wird wahrscheinlich die ausländischen Angestellten durch eigene ersetzen. Diese für Serbiens Verpflegung wichtige Linie wird somit fremdem Einflusse entzogen. Die Ausschiffung französischer Truppen ist für heute früh angesetzt. Die Alliierten werden den Bahnhof nicht besetzen; ihre Truppen werden einige Tage in der Umgebung der Stadt kampieren, bevor sie nach Serbien marschieren; die Ausschiffung wird rasch und mit Ordnung vor sich gehen, um die griechische Mobilmachung nicht zu behindern.

Griechenlands „Neutralität".

Rom (über Bern), 5. Oktober. (W. T. B.) „Tribuna" meldet aus Athen, daß in ganz Griechenland ungeheure Begeisterung herrsche und die Straßen Athens von Kundgebungen erfüllt seien. Oberst Metaxa habe die Stellung eines Unterchefs des Generalstabes wieder angenommen. Prinz und Prinzessin Andreas seien nach Saloniki gereist, um für die Winterkleidungen der Soldaten zu sorgen. Der Vierverband habe Griechenland volle Sicherheit gegeben, daß das griechische Gebiet von den Landungstruppen wieder geräumt wird. „Patris" schreibt in einem Leitartikel, daß bis gestern der casus foederis für das Bündnis mit Serbien nicht eingetreten sei, und mithin für die griechische Regierung keine Verpflichtung vorliege, die Neutralität aufzugeben. Es sei aber auch kein Grund dafür vorhanden, daß Griechenland die Unterstützung Serbiens durch Dritte verhindere.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 5. Oktober. (W. T. B.) Amtlicher Nachmittagsbericht. Nördlich Arras dauerten unsere Fortschritte im Givenchy-Walde bei der Höhe 119 an, wo wir den Kreuzpunkt der fünf Straßen Carrefour des cinq chemins besetzten. Der Kampf wird fast ununterbrochen mit Schützengrabenkampfmitteln geführt und ist von gegenseitiger Kanonade in der Umgebung der Navarinfarm begleitet. Gestern abend warfen wir zwei feindliche Gegenangriffe nördlich Le Mesnil zurück. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig. Eines unserer Luftgeschwader warf auf den Bahnhof Sablon (Metz) etwa vierzig großkalibrige Geschosse ab. Andere Flugzeuge setzten das Bombardement der Eisenbahnlinien, Abzweigestellen und Bahnhöfe hinter der deutschen Front fort.

Paris, 5. Oktober. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend: Im Artois wurde der Kampf von Schützengraben zu Schützengraben den ganzen Tag über auf den Kämmen südlich des Gehölzes von Givenchy fortgesetzt. Der Feind konnte am Kreuzungspunkte der fünf Wege wieder Fuß fassen. Er wurde sonst trotz der Heftigkeit seiner wiederholten Gegenangriffe überall zurückgeworfen. Artilleriekampf und Kampf mit Schützengrabenwerkzeugen besonders lebhaft südlich der Somme bei Lihons, Chaulnes, Soiree, nördlich der Aisne, im Miettetal, am Aisne-Marne-Kanal und in der Umgebung von Sapigneul. Ein feindliches Flugzeug wurde in unsere Linien heruntergeschossen. Die beiden darin befindlichen Offiziere wurden gefangen genommen. In der Champagne richtete der Feind wiederum Feuer mit erstickenden Granaten auf unsere Stellungen und hinter unsere Front. Unsere Artillerie erwiderte energisch. Am Ostrande der Argonnen nahmen unsere schweren Batterien eine auf dem Marsch von Baulny nach Apremont befindliche Kolonne unter Feuer. In der Vogesen warfen wir nach heftigem Kampf einen feindlichen Angriff gegen unsere Posten zurück.

Frenchs Meldung.

London, 5. Oktober. (W. T. B.) Feldmarschall French meldet von gestern: Der Feind begann gestern mittag eine heftige Beschießung und griff dann wiederholt unsere Schützengräben zwischen den Steinbrüchen von Vermelles und dem Wege nach Hulluch an. Die Angriffe wurden kräftig durchgeführt, aber der Feind erreichte unsere Schützengräben nicht; er wurde mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Weiter nordwestlich eroberte der Feind einen großen Teil des Schanzwerkes Hohenzollern zurück. An der übrigen Front keine Veränderung.

Belgischer Kriegsbericht.

Havre, 5. Oktober. (W. T. B.) Belgischer Kriegsbericht von gestern: Nach äußerst heftiger Beschießung unserer Stellungen bei Dixmuiden wurde ein kleiner Infanterieangriff leicht zurückgeworfen.

Protest Luxemburgs gegen den Fliegerangriff.

Luxemburg, 5. Oktober. (W. T. B.) Die Großherzogliche Regierung hat bei den Regierungen der Entente wegen des Fliegerangriffes auf Luxemburg Protest erhoben.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 5. Oktober. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 4. Oktober. Bei Dünaburg eröffneten die Deutschen gestern mittag Artilleriefeuer gegen eines unserer Regimenter in der Gegend des Dorfes Schischkowo. (10 Kilometer westlich von Dünaburg, zwischen der Eisenbahn und dem Swentensee.) Die Deutschen schossen aus Kanonen sehr schweren Kalibers, darunter auch achtzölligen. Unter dem Schutze des heftigen Feuers stürzte der Feind vor und besetzte einen Teil unserer Gräben. Wir richteten auf diese Gräben und auf die eingedrungenen Deutschen ein vernichtendes Feuer, dann gingen unsere Truppen zum Gegenangriff über. Die Deutschen hielten unserem Feuer nicht stand, sie wichen unter großen Verlusten, die Gräben wurden von uns wieder besetzt. An den Uebergängen über die Mjadsjolka, Nebenfluß der Drisna, entspannen sich heftige Kämpfe. Das Dorf Borowhja (4 Kilometer östlich Kosjany) nahmen wir im Sturm, wir machten Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. Die Deutschen wurden mit dem Bajonett aus den Dörfern Teljaki und Kosly, zwischen den Orten und Postawy, geworfen. Unsere Truppen gingen an einigen Stellen auf das linke Ufer der Spiaglica, südlich des Wiczniew-Sees, über. Bei der Einnahme der Dörfer Stochowce und Czeremszyca (südlich vom Narocz-See) wurden etwa 800 unverwundete Deutsche mit 5 Offizieren, darunter 19 Artilleristen mit einem Offizier, gefangen genommen. Außerdem nahmen wir 4 Maschinengewehre und machten viel Beute. Auf der Front Smorgon bis zum Pripjet keine Veränderung. An der Mündung des Stochod hatte der Feind das Dorf Pozog besetzt, wurde aber durch einen heftigen Gegenangriff hinausgeworfen. Gleichfalls wurde der Feind aus den Stellungen nördlich vom Dorfe Sobieszczyce am Styr nördlich von der Eisenbahn Kowel—Sarny (10 Kilometer) und aus dem Dorfe Koscinchnowka südwestlich von Sobieszczyce (7 Kilometer) geworfen. 200 Mann wurden gefangen genommen, 2 Maschinengewehre erbeutet. In derselben Gegend am Styr gingen unsere Truppen erfolgreich auf Polonne (am Eisenbahn-Uebergang am Styr) vor und warfen den Feind aus dem Dorfe Cminy (4 Kilometer südwestlich Polonne bei Kozlince flußabwärts von Czartorysk (5 Kilometer) ebenfalls erfolgreicher Uebergang unsererer Truppen über den Styr. Im Schwarzen Meer brachte unser Torpedoboot „Sawietny" am 2. Oktober auf der Werft von Platana bei Trapezunt unter heftigem Feuer der Landtruppen ein Motorboot auf und schleppte es nach Batum. Unsere Führer berichten, daß die deutschen Gefangenen trotz Strafandrohungen ihrer Führer Auskunft über die Erregung und Ermüdung der deutschen Truppen und Bevölkerung und das Nachlassen der Kriegslust geben.

Serbische Meldung.

Nisch, 5. Oktober. (W. T. B.) Das serbische Pressebureau meldet amtlich von gestern: Unsere Artillerie hat am 2. Oktober Lastschiffe bei Semendria beschossen. Ein feindlicher Aufklärungsoffizier wurde getötet. Zwei deutsche Flieger stürzten in Kragujewatz ab. Es war ihnen der Befehl erteilt worden, den Südteil der Stadt mit Bomben zu belegen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 5. Oktober. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht vom Montagabend: Artilleriekämpfe an verschiedenen Punkten der Front. Feindliche Artillerie warf zahlreiche Granaten auf den Bahnhof von Cormons, ohne irgendwelchen Schaden zu verursachen. Unsere Artillerie erzielte gute Ergebnisse in der Zerstreuung von Beobachtern feindlicher Batterien und der unterwegs befindlichen Wagenzüge. Wir stellten fest, daß der Gegner die bekannten Tränen erzeugenden Granaten anwandte. Unsere Truppen schützten sich gegen diese Gase erfolgreich durch Schutzbrillen und andere geeignete Mittel. Reichliche Regengüsse am unteren Isonzo verminderten weder die Tätigkeit unserer Truppen noch verlangsamten sie die Fortschritte unserer Annäherungsarbeiten.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 5. Oktober. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Von der Dardanellenfront ist von Anafarta und Ari Burun nichts Wesentliches zu melden. Bei Sedd ul Bahr feuerte die feindliche Artillerie am 3. Oktober gegen unseren linken Flügel tausend Geschosse ab, ohne irgendein Ergebnis zu erzielen und wurde dann durch die kräftige Erwiderung unserer Artillerie zum Schweigen gebracht. Eine von uns auf diesem Flügel gesprengte Mine fügte dem Feind schwere Verluste zu. Unsere Geschütze trafen einen auf die Dardanellen feuernden feindlichen Kreuzer zweimal und zerstörten seinen Panzer. Unsere Batterien auf dem asiatischen Ufer beschossen am 3. Oktober ein Schleppschiff und die Landungsstelle des Feindes bei Sedd ul Bahr und verursachten ihm schwere Verluste; das Gegenfeuer des Feindes blieb ohne Wirkung. Von den anderen Fronten ist nichts zu melden.

Französischer Dampfer an der griechischen Küste torpediert.

London, 5. Oktober. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Marseille: Ein Unterseeboot hat am 8. Oktober auf der Höhe von Cerigo an der griechischen Küste den französischen Dampfer „Provincia" (3523 Tonnen groß) versenkt. Die Besatzung durfte in die Boote gehen.

Marseille, 5. Oktober. (W. T. B.) Das Marineministerium gibt bekannt, daß der Angriff auf den Dampfer „Provincia" der Reederei Fabre, Cyprien u. Co. auf der Höhe von Cerigo am 3. Oktober morgens von einem österreichisch-ungarischen Unterseeboot ausgeführt worden sei, welches dem Schiffe signalisiert habe, man möchte die Boote zu Wasser lassen. Die 40 Mann starke Besatzung sei an die Küste gefahren, das Unterseeboot habe den Dampfer versenkt.

Keine Verständigung über die „Arabic"-Affäre.

Washington, 5. Oktober. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Nach einer Unterredung des Präsidenten Wilson mit Staatssekretär Lansing über die am Sonnabend durch den deutschen Botschafter Graf Bernstorff in New York überreichte Note verlautet, daß Deutschland den Wunsch der Vereinigten Staaten, die Versenkung der „Arabic" zu mißbilligen und die Verantwortung dafür zu übernehmen, nicht erfüllt hat. Lansing weigerte sich, mitzuteilen, was man nun tun werde. Wie verlautet, wird Graf Bernstorff aufgefordert werden, nach Washington zu kommen, um die Ansicht der amerikanischen Regierung zu hören. Eine endgültige Weigerung Deutschlands, den amerikanischen Forderungen entgegenzukommen, würde, dem Reuterschen Bureau zufolge, zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen können.

London, 5. Oktober. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Wie aus sehr befugter Quelle verlautet, wird die Regierung an dem Verlangen festhalten, daß die Versenkung der „Arabic" entschieden desavouiert und Sicherheit dafür gegeben werde, daß derartiges sich nicht wiederereigne. Die letzte Mitteilung Bernstorffs an Lansing ist Reuter zufolge ebenso vag und unbestimmt gehalten, wie die anderen deutschen Noten.

Die Lage in Indien.

London, 5. Oktober. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Simla: Der Vizekönig sagte in einer Rede bei Schließung des gesetzgebenden Rates, die Truppen an der indischen Grenze würden häufig von fanatischen Stämmen angegriffen. Die Angriffe seien jedoch stets mit beträchtlichen Verlusten abgeschlagen worden. Die Stämme innerhalb der indischen Grenze seien jedoch gänzlich untätig geblieben. Auch Afghanistan habe seit Kriegsbeginn strenge Neutralität eingehalten. In Persien herrsche eine gewisse Unruhe. Der Vizekönig sprach die Ansicht aus, daß das Ende des Krieges binnen wenigen Monaten in Sicht sein werde.

Parteikämpfe in der Kapkolonie.

London, 5. Oktober. (W. T. B.) Das Kolonialamt gibt bekannt: Eine Versammlung der Südafrikanischen Partei wurde am 23. September in Johannesburg gewaltsam gestört. Die Polizei erfuhr am Morgen, daß ein Angriff auf General Smuts, der sprechen sollte, vorbereitet war. Die Menge, 1200 bis 2000 Personen, zum Teil mit Stöcken und anderen Gegenständen bewaffnet, begann, als Smuts die Tribüne betrat, zu johlen, Eier und Steine zu werfen und stürmte schließlich die Tribüne. Die Polizei geleitete Smuts hinaus. Einige Mann seiner Begleitung wurden verletzt. Der Chauffeur wurde, als er den Wagen bestieg, heruntergerissen. Man versuchte, Smuts aus dem Wagen herauszuzerren. Stöcke wurden lebhaft benutzt, Steine flogen nach allen Richtungen. Die Lage wurde so ernst, daß ein Polizeibeamter seinen Revolver in die Luft abfeuerte. Aus der Menge wurden einige Schüsse abgegeben. Der Bericht schließt: Der Pöbel hätte Smuts ermordet, wenn nicht seine Begleitung mannhaften Widerstand geleistet hätte.

London 5. Oktober. (W. T. B.) „Daily News" sagt in einem Leitartikel über die Unruhen in Johannesburg, der Kampf der fünf Fraktionen, in die sich die alten Parteien zersplittert hätten, sei offenbar sehr scharf. Es bestehe nur zuviel Anlaß zu der Befürchtung, daß das Ergebnis kein günstiges und eine ernste Schwächung von Böthas Stellung sein werde. Die Kundgebung war ausschließlich gegen Smuts gerichtet; sie war verursacht durch dessen schroffes Vorgehen bei den großen Streiks von 1914. Sie veranschaulicht die Erbitterung, die die Anwendung des Kriegsrechts hervorrief.

979 englische Munitionsfabriken unter Kontrolle gestellt.

London, 5. Oktober. (W. T. B.) Weitere 254 Munitionsfabriken sind unter die Kontrolle des Geschoßministeriums gekommen. Die Gesamtzahl beträgt jetzt 979.

Störung einer kirchlichen Handlung in England.

London, 5. Oktober. (W. T. B.) „Daily Mail" teilt mit, daß Engländer am Sonntagabend den Gottesdienst in der deutschen Kirche am Montepellier Place in London gestört haben. Während die Orgel das Präludium spielte und der Pastor vor dem Altar stand, erhob sich ein Engländer und fragte, ob der Pastor den Gottesdienst in englischer Sprache führen wolle. Der Pastor erwiderte: Nein, er werde das nicht tun. Der Engländer fragte darauf: Wollen Sie Ihr Bedauern über die Zeppelinangriffe aussprechen? Der Pastor erwiderte: Nein, auch das werde ich nicht tun. Darauf trat der Engländer vor den Altar und sagte: Ich erkläre den deutschen Kaiser für einen Schandfleck der Zivilisation und einen Schimpf für das Christentum. Darauf verließ die Gruppe der anwesenden Engländer die Kirche und veranstaltete vor der Kirche eine Protestversammlung. Der Gottesdienst wurde in deutscher Sprache fortgesetzt.

Die französischen Sozialisten für die parlamentarische Kontrolle.

Amsterdam, 30. September. (Eig. Ber.) In einer Zuschrift an den „Temps", der den sozialistischen Vorschlag über eine Geheimsitzung der Kammer heftig bekämpft und natürlich den Bericht des Radikalen Dumont, der sich gegen eine solche Sitzung ausspricht, mit Lob bedacht hat, setzt der sozialistische Deputierte Varenne die Gründe auseinander, die die sozialistische Fraktion be-

wogen hätten, ihren Antrag zu stellen. Varenne gehört bekanntlich von altersher zu den blockfreundlichen und am stärksten nationalistisch gesinnten Politikern in der geeinigten sozialistischen Partei Im Kriege hat er die burgfriedliche Gesinnung soweit getrieben, ein — Zensoramt anzunehmen. Etwas davon kommt auch in der Tonart seines Schreibens zum Vorschein. Varenne setzt auseinander, daß es seiner Partei nicht auf die Form — die geheime Sitzung — angekommen sei, die sie ja auch nicht direkt gefordert habe, sondern auf den Inhalt: die Aufforderung an die Regierung, der Kammer über die Erledigung der von der Armeekommission und Budgetkommission geltend gemachten Mängel der Kriegsverwaltung Auskunft zu geben. Nach den Berichten dieser Kommissionen seien „kurzsichtige Maßnahmen, Fehler, Irrtümer in großer Zahl und von schwerwiegender Bedeutung" zum Vorschein gekommen und die Kammer habe das Recht, von der Regierung zu hören, wie und in welchem Maße sie sie gutgemacht habe. Der „Temps" spreche allzu leichtfertig über einen „Guerillakrieg der Wandelgänge", über Anschläge und böswillige Umtriebe: „Von wem sprechen Sie? Von den Sozialisten? Ah! Sie haben ganz andere Sorgen! Sollten sie gegen die Regierung um irgend welcher Kombinationen willen Krieg führen?" Sicherlich nicht! Aber wir denken an den anderen Krieg — an den großen. Und wir wollen nur wissen, ob alles Nötige getan ist, um ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Wir ziehen nicht diese Persönlichkeiten jenen vor. Wir sind — einstimmig — für die Regierung, die am besten regiert — für jene, die den Krieg gegen den Eindringling am besten bis zum Ende führen kann. Und eben weil wir das Bewußtsein unserer Pflicht und unserer Verantwortlichkeit vor dem Land und vor der Geschichte haben, fordern wir zu wissen, ob alles gut bestellt ist."

An Pathos fehlt es Varenne nicht. Man kann indes daran zweifeln, ob sehr allgemeine Berufungen, wie die auf die „Geschichte" allen sozialistischen Arbeitern genügen und ob nicht manche unter ihnen meinen, daß eine sozialistische Partei andere Verantwortlichkeiten hat, als die für Fortsetzung eines Krieges „bis zum Ende".

Daß die sozialistische Partei an parlamentarischen Intrigen bürgerlicher Gruppen nicht teilnimmt, ist durchaus verständlich — auch wenn man nicht in Betracht zieht, daß sie derzeit wohl mit Ministerportefeuilles gesättigt sein dürfte. — Die Hauptsache bleibt, daß sie das parlamentarische Kontrollrecht auch weiter nachdrücklich verficht und sich dagegen wehrt, im „patriotischen Interesse" alle Beschwerden in den Kommissionen begraben zu lassen. Sollte sie mit dieser Forderung keinen Erfolg haben, wird es von Interesse sein, die Entwickelung des weiteren Verhältnisses der sozialistischen Fraktion zu der die Kontrolle scheuenden Regierung und auch das Verhalten der in der Regierung sitzenden Sozialisten zu beobachten.

„Avanti" fordert Einberufung des Parlaments.

Rom, 5. Oktober. (W. T. B.) Der Abgeordnete Mazzoni fordert in einem Leitartikel des „Avanti", daß das Parlament eröffnet werde. Selbst in Rußland, wo man gesetzmäßiger wie in Italien verfahren sei, hätten alle Parteien gegen die Vertagung der Duma Einspruch erhoben. In Italien aber wage niemand aus der Demokratie den Mund aufzutun. Nur ein paar liberale Blätter hätten gegen die Zensur protestiert. Das Parlament müsse wieder tagen, da die Sozialdemokraten und das Land wissen wollen, wie es mit den Verlusten, mit den Finanzen und den Ausgaben stehe.

Englands Finanzbeistand für Rußland.

Zürich, 5. Oktober. (W. T. B.) Ueber die Ergebnisse der Reise des russischen Finanzministers Bark nach London erfährt die „Neue Zürcher Zeitung" aus Amsterdam, daß Rußland nicht nur von England einen Barvorschuß für die Kriegführung erhält, sondern die Londoner Großbanken werden auch einen beträchtlichen Teil des Bestandes der russischen Staatsbank an Auslandswechseln diskontieren, um dadurch den Rubelkurs zu stützen. Ferner sei auch die weitere Bezahlung der Zinsscheine der russischen Anleihe in England gesichert.

London, 5. Oktober. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Wie die „Times" melden, hatte der Besuch des russischen Finanzministers Bark zur Folge, daß die Bank von England vorbereitende Schritte zur Einräumung eines großen russischen Handelskredits von 20 Millionen Pfund Sterling getan hat.

Die Unruhen in Moskau.

London, 5. Oktober. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die „Times" berichten aus Petersburg: In einer amtlichen Mitteilung des Präfekten von Moskau wird eine Erklärung für den blutigen Straßenkampf gegeben, der sich am 27. September zwischen der Polizei und der Bevölkerung der Stadt abgespielt hat. Nach den amtlichen Mitteilungen befreite die Volksmenge einen betrunkenen Soldaten, der von der Polizei verhaftet worden war. Dann hielt die Menge die Straßenbahnwagen an und baute aus Bänken eine Barrikade quer über den Boulevard. Nachdem man vergeblich versucht hatte, den Pöbel zum Auseinandergehen zu bewegen und bereits einige Offiziere durch Steinwürfe ernstlich verletzt worden waren, eröffnete die Polizei das Feuer. Drei Personen wurden durch Schüsse getötet, 12 verwundet. Die Bevölkerung ist sehr unzufrieden darüber, daß die Polizeibeamten vom Militärdienst befreit sind.

Amerika und die Armenier.

Paris, 5. Oktober. (T. U.) Die „Agence Havas" meldet aus Newyork, es treffe nicht zu, daß Präsident Wilson den Grafen Bernstorff ersucht habe, die Türkei zu veranlassen, die Massakers der Armenier einzustellen. Präsident Wilson habe bereits mehrere Male durch Vermittelung des amerikanischen Botschafters in Konstantinopel Vorstellungen erhoben und außerdem die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung sowie aller anderen Nationen auf die Zustände in Armenien gelenkt. Dem amerikanischen Botschafter in Konstantinopel seien 40 000 Dollars für die Einleitung einer Hilfsaktion zugegangen, die den flüchtigen Armeniern die Ueberfahrt nach Amerika ermöglichen soll.

Politische Uebersicht.

Ein vernünftiges Wort.

Liberale Blätter veröffentlichen die Zuschrift eines Prof. Dr. E. v. Düring (Baden-Baden), die sich mit den „vertraulichen Zuschriften" beschäftigt, die jetzt von alten Organisationen und eigens zu diesem Zweck gegründeten Gemeinschaften ausgehend, den sog. Intellektuellen und anderen Leuten mit bekannteren Namen ins Haus gesandt werden. Es handelt sich bei ihnen meist um Sammlung von Unterschriften für Eingaben, in denen die Regierung zur Härte und Energie in der auswärtigen Politik gemahnt wird. Prof. v. Düring bewundert die beneidenswerte Sicherheit „aller dieser der Gesamtheit gegenüber unverantwortlichen Ueberpatrioten":

„Die Ueberhebung ist vielleicht ein Schönheitsfehler, verständlich bei Leuten, die sich über den Begriff „Verantwortung" nicht ganz klar sind. Weit gefährlicher ist aber etwas anderes — ein Nachklang früherer Zeiten, den wir abgetan wünschten — gefährlich, wenn es als Tonart zukünftiger Erörterungen zu gelten hätte. Die Verfasser der „vertraulichen Zuschriften" fangen tatsächlich schon wieder an, sich und ihre Ansichten, und zwar nur sich und ihre Ansichten als „Patrioten" und „patriotisch" zu erklären. Also alle Deutschen, die diese wundervolle, schwere Zeit mit durchgemacht, mit gekämpft, mit Opfer gebracht, mit gesorgt haben, die aber leider anderer Ansicht sind als diese glücklichen, unfehlbarselbstgewissen Herren — sie sind nahe daran, als Reichsfeinde erklärt zu werden? Und wenn Kaiser und Kanzler nun einen Frieden schlössen, der nicht den Ansichten jener Herren, aber vielleicht den meinigen entspräche — dann wäre kein Wort hart genug, um den Mangel an Kraft, an Festigkeit, an geistiger Fähigkeit usw. zu bezeichnen, der sie treffen müßte?!"

Das ist durchaus zutreffend. Aber selbstverständlich wird Professor v. Düring wegen seiner kritischen Bemerkungen genau so verketzert und verdammt werden, wie beispielsweise der Bund Neues Vaterland, gegen den jetzt in einem Teil der Presse ein wildes Kesseltreiben veranstaltet wird, weil — nun weil er ebenfalls seinen Mangel an Patriotismus durch Ablehnung gewisser „überpatriotischer" Forderungen bewiesen hat.

Bethmann über England.

Ein Amerikaner namens Krebs berichtet in der zu Berlin erscheinenden „Continental Times" über eine Unterredung mit dem Reichskanzler. Danach hat sich Herr von Bethmann Hollweg über England folgendermaßen geäußert:

„Meiner Meinung nach haben wir eine nach wissenschaftlichen Grundsätzen geleitete Regierung, und es ist uns tatsächlich gelungen, Armut in ihren äußersten Formen zu verhindern. Dagegen haben die oberen Kreise in Groß-Britannien, die seit Generationen in Luxus leben, den vielen Millionen Unglücklicher, in Slums lebender Bettler stets sehr wenig Beachtung geschenkt. Unserem deutschen Sinn erscheint eine solche Haltung nicht nur selbstsüchtig und grausam, sondern auch unwissenschaftlich. Was können jetzt in dieser Stunde der Gefahr diese unglücklichen Geschöpfe dem Lande, dem sie nichts als ihre Geburt verdanken, an Unterstützung bieten? Nichts!" — Dann fuhr der Kanzler fort und seine Stimme nahm einen harten Ton an: „Wir wissen wohl, welche Märchen die Engländer über uns verbreiten, seitdem der Krieg begonnen hat. Hat nicht Shakespeare gesagt: „Wer meine Börse stiehlt, stiehlt vielleicht wertloses Zeug. Es gehörte mir, nun gehört es ihm. Aber wer mir meinen guten Namen raubt, stiehlt mir etwas, was den anderen nicht reich macht und mich nur arm!" Indem wir die Masse dieser englischen Gentlemen für die Verbreitung dieser Verleumdungen verantwortlich machen, fühlen wir, daß dieses Gehaben ein Symptom der den Engländern innewohnenden Brutalität ist, eine Brutalität, die es uns unmöglich erscheinen läßt, sie in intellektueller und moralischer Beziehung als gleichwertig mit uns zu betrachten."

Diese Sprache gegenüber England muß doch den Engeren Vorstand der konservativen Partei und selbst den Festredner am Hindenburg-Denkmal zufriedenstellen.

Erhöhung der Familienunterstützung.

Auf das an den Reichskanzler gerichtete Gesuch des Reichsverbandes deutscher Städte um Erhöhung der Unterstützungen für die Familien der Kriegsteilnehmer ist bei dem Verbandsvorsitzenden die Nachricht eingegangen, daß eine Erhöhung vom 1. November ab in Aussicht genommen ist und eine entsprechende Verfügung demnächst ergehen wird.

Die Angelegenheit ist natürlich nicht etwa, wie man aus dieser in die bürgerliche Presse gegebenen Notiz schließen könnte, durch den Vorstand des recht unbedeutenden Reichsverbandes deutscher Städte in Fluß gebracht worden. Vielmehr liegen Resolutionen des Reichstages vor, die eine ganz wesentliche Erhöhung der Familienunterstützung fordern. Die Regierung hat auch bündig erklärt, daß eine Erhöhung eintreten werde.

Banderolensteuer auf Zigarren?

Im Zusammenhang mit der Mitteilung, daß die Zigarrenfabrikanten eine Erhöhung der Preise um 10 Proz. eintreten lassen wollen, ist das Gerücht aufgetaucht, daß in einer der nächsten Reichstagssitzungen über die Einführung einer Banderolensteuer auf Zigarren verhandelt werden soll. An zuständiger Stelle ist, wie die „Voss. Ztg." meldet, vorläufig nichts davon bekannt, obgleich man in Fachkreisen erwartete, daß sich der Reichstag im kommenden Winter mit den Vorbereitungen zum Tabakmonopol oder wenigstens mit neuen Tabaksteuern beschäftigen wird.

Neue Bahnen für das Schulwesen

werden von der „Neuen Westdeutschen Lehrerzeitung" (Nr. 40), dem Organ der Provinzial-Lehrervereine, gefordert:

„Die Schulorganisation darf nicht länger auf ständische Prinzipien, auf Klasseninteressen und konfessionelle Zersplitterung gegründet sein, darf es nicht länger neben einer schlechter versorgten und schlechter ausgestalteten öffentlichen Volksschule für die unteren Volksschichten eine zweite und dritte besser versorgte und besser ausgestaltete für die mittleren und oberen Volksschichten geben: Der große Gedanke einer einheitlichen Schulorganisation muß seine Auferstehung feiern in neuen, dem ewigen Lauf der Dinge angepaßten Formen. Das fordert die Erfahrung des großen Weltkrieges. Sie fordert die Beseitigung aller öffentlichen Vorschulen an Mittel- und höheren Schulen, fordert die nationale Einheitsschule, deren Gabelung erst einzutreten hat, wenn die Forderungen der weiterführenden Bildung und des praktischen Lebens es bedingen.

Eine zweite Forderung des Weltkrieges für den Aufbau unseres öffentlichen Bildungswesens ergibt sich aus der Tatsache, daß unsere Ueberlegenheit über unsere Feinde vor allem in unserem geistigen und sittlichen Kapital wurzelt, geistige und sittliche Kräfte aber weder an Stand, noch an Namen, noch unmittelbar an Herkommen gebunden sind. Die Schule darf vorhandene Kräfte nicht länger brach liegen lassen. Für sie kann es nur einen Leitstern geben: äußerste Nutzbarmachung aller geistigen und sittlichen Kräfte des Volkes, wo immer sie sich finden. Das führt dazu, das gegenwärtige Vielerlei und Nebeneinander von Schulen durch eine Einheitsschule zu ersetzen, derart, daß alle Schularten, die niederen und die höheren, unter Beseitigung aller klassenmäßigen Hindernisse in einen organischen Zusammenhang gebracht werden und der Schüler von der Volksschule aus in die weiterführenden Schulanstalten eintreten und so möglichst viel geistige und sittliche Kraft entfaltet und nutzbar gemacht werden kann.

Niedere und höhere Schulen wird es auch weiter geben müssen. Die Mannigfaltigkeit unseres Kulturlebens fordert Mannigfaltigkeit der Bildungswege, aber es fordert sie nicht für die Klassen und Stände, es fordert sie für die Anlagen und Talente. In der Einheitsschule bilde die Volksschule die gemeinsame breite Grundlage aller anderen Schularten, und zu ermöglichen ist auch auf den höheren Stufen der Uebergang von der einen zur anderen. Das Problem einer solchen Schulorganisation mag schwer zu lösen sein aber es ist zu lösen. Es verlangt das Betreten neuer Bahnen."

Für solche Forderungen werden die Lehrer außerhalb der Sozialdemokratie schwerlich viel Anklang finden. Die Sozialdemokratie aber vertritt dieses Schulprogramm schon lange.

Damit die polnischen Bäume nicht in den Himmel wachsen,

läßt sich die „Post" von „parlamentarischer Seite" zur Polenfrage schreiben:

„Die Stelle der Rede des Herrn Reichskanzlers vom 19. August über die Polenfrage läßt alle Wege zu einer befriedigenden Lösung dieses Problems offen. Die galizischen Polen, welche vorzeitig mit bestimmten Wünschen und Vorschlägen hervorgetreten waren, sind sicherem Vernehmen nach von den polnischen Fraktionen unserer Parlamente zu größerer Zurückhaltung ermahnt worden. In der Tat ist auch der Zeitpunkt zu einer eingehenden Erörterung der Frage in der Oeffentlichkeit noch nicht gekommen.

Im Hinblick auf bereits laut gewordene Forderungen mag indessen zur Verhütung von späterer Enttäuschung darauf hingewiesen werden, daß auch das polnische Problem von uns nur unter demselben leitenden Gesichtspunkt beurteilt und behandelt werden kann und behandelt werden wird wie der Weltkrieg selbst und alle anderen damit zusammenhängenden Fragen und Aufgaben. Unser Leitstern ist hierbei allein das wohlverstandene Interesse Deutschlands und was in dem vorliegenden Falle völlig damit zusammenfällt, das Interesse des preußischen Staates. Auch die Polenfrage wird frei von jeder Sentimentalität und unter Zurückstellung aller übrigen Rücksichten allein unter diesen leitenden Gesichtspunkt gestellt werden.

Soweit polnische Wünsche mit dem deutschen und preußischen Interesse zusammenfallen, werden sie demzufolge Berücksichtigung finden, aber auch nur insoweit dies der Fall ist, und Wünsche und Forderungen, die mit unserem eigenen Interesse nicht vereinbar sind, dürfen auf keinen Fall auf Erfüllung und Berücksichtigung rechnen. Damit wird man sich auch im polnischen Lager abfinden und mit der Behandlung des Problems allein unter dem Gesichtspunkt des deutschen Interesses rechnen können, wenn man nicht die Rechnung ohne den Wirt machen will."

Die Kriegsunterstützungen der Gewerkschaften.

Unter dieser Spitzmarke läßt sich die „Kreuzzeitung" aus „industriellen Kreisen" die folgende, höchst überflüssige und mit dem gepriesenen Burgfrieden auf sehr gespanntem Fuße stehende Notiz schreiben:

„Eine Veröffentlichung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (sozialdemokratische Gewerkschaften) berichtet, daß die Gewerkschaftsverbände für Unterstützungen der Familien der eingezogenen Mitglieder vom Beginn des Krieges bis zum 31. Juli 10 421 584 M. aufwendeten und daß die Unterstützungen aller Art in diesem Zeitraume 36 724 161 M. betrugen, darunter 21 578 000 M. an Unterstützung für Arbeitslose. Wir wollen diese Leistungen keineswegs verkleinern. Immerhin mag darauf hinzuweisen sein, daß hier die Gewerkschaften nur einen Teil der von ihren Mitgliedern geleisteten Beiträge wieder zu Kriegsunterstützungen an Angehörige der Familien verwendeten und im Vergleich zu den Aufwendungen, die die Arbeitgeberschaft Deutschlands ohne solche Unterstützungsverpflichtung lediglich aus freier Entschließung für die Angehörigen ihrer zum Heere eingezogenen Beamten und Arbeiter, hauptsächlich jedoch für die Arbeiterfamilien macht, ist diese Ausgabe gering zu nennen. An öffentlichen Angaben liegt hierüber allerdings erst eine einzige vor. Es ist die kürzlich erschienene Mitteilung des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins, wonach dessen Mitglieder bisher nicht weniger als 13 Millionen für diesen Zweck aufgewandt haben. Der Mittelrheinische Fabrikantenverein mit dem Sitze in Mainz umfaßt hauptsächlich großherzoglich-hessische und hessen-nassauische Landesgebiete, darunter eine Anzahl der ertragreichsten industriellen Unternehmungen Deutschlands, also sehr leistungsfähige und umfangreiche Betriebe. Nicht jeder Bezirk von gleichem Umfange wird ähnliche Leistungen aufweisen können. Fast durchgehend aber haben, wenigstens die industriellen Arbeitgeber, Unterstützungen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit gezahlt und zahlen sie auch weiter, die derjenigen der Reichsunterstützung gleich- oder nahekommen."

Wenn der Industrielle der „Kreuz-Zeitung" hervorzuheben für nötig befand, daß die Gewerkschaften mit ihren reichen Unterstützungen „nur einen Teil der von ihren Mitgliedern geleisteten Beiträge wieder zu Unterstützungen verwendeten", so darf man wohl auch darauf hinweisen, daß die Ueberschüsse, aus denen die Unternehmer etwelche Unterstützungen zahlten, auch nur von den Arbeitern stammen, denn aller Verdienst der Unternehmer ist letzten Endes das Ergebnis des Fleißes der Arbeiter.

Letzte Nachrichten.

Bulgariens Rachekrieg.

Sofia, 5. Oktober. (W. T. B.) Meldung des Wiener k. und k. Tel.-Corr.-Bureau: Der Vizepräsident der Sobranje, Momtschilow, schreibt in der „Kambana": Als Bulgarien vor zwei Jahren, bereits erniedrigt, von allen Seiten überfallen, von den Franzosen und Russen beschimpft und von den beiden Verbündeten verkauft ward und nicht wußte, wo Rettung zu suchen ist, damals glaubte niemand, daß Gottes Gerechtigkeit so nahe liegen und der Tag der schrecklichen Vergeltung so bald kommen würde. Dieser Tag ist gekommen, wo der tückische serbische Erbfeind vertrieben werden muß, damit Bulgarien frei und von niemand behindert, sich ruhig entwickeln kann. Jetzt oder nie muß Bulgarien groß und mächtig werden, zum Schrecken seiner Feinde, wo immer sie auftauchen! Jetzt oder nie muß jeder seine Bürgerpflichten erfüllen, damit das große nationale Ideal aller Bulgaren erreicht werde.

Das englisch-französische Landungskorps gegen Bulgarien.

Sofia, 5. Oktober. (W. T. B.) (Meldung des Wiener k. k. Tel.-Korr.-Bur.) Nach den in Athen abgegebenen Erklärungen der Entente soll das Landungskorps, welches eine Stärke von 70000 Mann erreichen soll, als Hilfskorps für Serbien bestimmt sein und nach Mazedonien dirigiert werden. Jedoch soll es in erster Linie zu Demonstrationszwecken gegen Bulgarien Verwendung finden.

Einsturz eines Glockengerüstes.

Münster i. W., 5. Oktober. (W. T. B.) Das Glockengerüst der Antoniuskirche ist eingestürzt. Drei Arbeiter sind tot, zwei schwerverletzt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Zum Wiederaufbau Ostpreußens.

Auch im Töpfergewerbe ist es nunmehr zwischen Unternehmern und Gehilfen zu einem Abschluß über die Arbeitsbedingungen beim Wiederaufbau Ostpreußens gekommen. Nach längeren Verhandlungen zwischen beiden für das Ofensetzgewerbe in Betracht kommenden Organisationen, dem Verband der Töpfer und dem Verband der Töpfer- und Ofensetzmeister, Unterverband Ostpreußen, wurde ein Einheitstarif für Ostpreußen beschlossen. Als Grundlage dient der höchste Akkordtarif für Ostpreußen, der Königsberger, der in einer Anzahl Positionen verbessert wurde und außerdem 15 Proz. Aufschlag erhält. Für Arbeiten, die nicht im Akkord zu berechnen sind, werden Vollarbeitern 75 Pf. Stundenlohn gewährt, Ueberstunden- und Sonntagsarbeiten erhalten annehmbare Zuschläge. Wo höhere Stundenlöhne gezahlt werden, bleiben diese bestehen. Die Auslösung soll 20 Proz. betragen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden.

Ferner verpflichten sich die Unternehmer, für geeignete billige Unterkunftsräume und Lebensmittel zu sorgen. Die Arbeitsvermittlung geschieht durch einen gemeinsamen Arbeitsnachweis mit dem Sitz in Königsberg. Vermittlung und Verwaltung beruhen auf vollkommen paritätischer Grundlage. An alle nicht am Arbeitsorte wohnenden und von auswärts herbeigeholten Gehilfen wird die Hinreise durch Zahlung von Fahrgeld vierter Klasse vergütet und zwar nach vierwöchentlicher Arbeitsleistung bei einem Töpfermeister. Erfolgt Arbeitsentlassung schon in einem früheren Zeitraum wegen Arbeitsmangel, dann muß trotzdem das Fahrgeld gewährt werden.

Der Tarif tritt mit allen Nebeneinrichtungen und Bestimmungen am 1. Januar 1916 in Kraft. Bis dahin unterliegen die Arbeitsbedingungen den vorhandenen örtlichen Abmachungen. Doch ist ein so fühlbarer Mangel an Arbeitskräften vorhanden, daß einzelne Unternehmer schon jetzt die neuen Bestimmungen anerkennen, um Leute zu bekommen. Wohl wären noch Ofensetzer in genügender Anzahl zur Deckung des Bedarfs in Deutschland vorhanden, jedoch arbeitet ein erheblicher Teil davon in Kriegsindustrie- und anderen Betrieben und möchte diese Arbeit nicht aufgeben. Der Zentralvorstand des Verbandes der Töpfer hat es zunächst übernommen, nach Möglichkeit Arbeitskräfte nach Ostpreußen zu vermitteln. Gewarnt wird davor, auf eigene Faust dorthin zu fahren, sondern in allen Fällen im Zentralbureau Berlin SO. 36, Wiener Straße 7, anzufragen, von wo aus dann die Vermittlung zu annehmbaren Löhnen erfolgen wird. Vom 1. Januar 1916 ab geschieht die Vermittlung natürlich durch den paritätischen Arbeitsnachweis in Königsberg zu den festgelegten Bedingungen.

Der Zentralverband der Zimmerer veröffentlicht in der neuesten Nummer seines Fachorgans, dem „Zimmerer", seine Abrechnung für das zweite Vierteljahr 1915 und in Verbindung damit eine Uebersicht über Zahlstellen- und Mitgliederbewegung sowie Finanzgebaren des Verbandes seit Ausbruch des Krieges. Der Zimmererverband ist eine der durch den Krieg am härtesten betroffenen Gewerkschaften. Nach der von der Generalkommission aufgenommenen allgemeinen gewerkschaftlichen Kriegsstatistik haben nur drei Verbände einen höheren Prozentsatz zum Heeresdienst eingezogener Mitglieder nachgewiesen, nämlich die Bäcker und Konditoren, die Gärtner und die Fleischer. Vor Ausbruch des Krieges zählte der Zimmererverband in 819 Zahlstellen 62 673 Mitglieder. Am Schlusse des zweiten Quartals dieses Jahres wurden in 714 Zahlstellen noch 23 478 Mitglieder gezählt. Die Abnahme stellt sich somit auf 105 Zahlstellen und 39 195 Mitglieder. Das Eingehen so vieler Zahlstellen hat seine Ursache vorwiegend in der Einberufung fast aller Mitglieder in den betreffenden Orten zum Militär. Es handelt sich demnach fast allenthalben nur um eine vorübergehende Einstellung der Verbandstätigkeit während der Dauer des Krieges. Nach seiner Beendigung dürfte in allen in Frage kommenden Orten bald wieder neues Organisationsleben erblühen. Auch die Mitgliederabnahme gibt unter diesen Umständen kaum irgendwelchen Anlaß zu ernsten Bedenken.

Sehr günstig steht es um die Finanzen des Verbandes. Trotz der so stark verringerten Mitgliederzahl und der dadurch erheblich reduzierten Einnahmen ist das Verbandsvermögen seit Ausbruch des Krieges gewachsen. Es betrug am Schlusse des zweiten Quartals vorigen Jahres 4 834 945,58 M., Ende des zweiten Quartals dieses Jahres 4 888 418,55 M. Das ist eine Steigerung des Verbandsvermögens um 53 472,97 M. Vermehrt hat sich besonders der Vermögensbestand in der Verbandshauptkasse; er stieg in dem erfaßten Zeitraum um 207 800,29 M., von 3 852 923,14 M. auf 4 060 723,43 M. Hingegen haben die Vermögensbestände in den Lokalkassen eine Verringerung erfahren um 140 568,55 M.; sie sanken von 936 037,84 M. auf 795 439,29 M. Und ferner haben sich die in den Zahlstellen verbliebenen Hauptkassengelder um 13 728,77 M. verringert, so daß sich der gesamte Vermögenszuwachs auf die angegebene Summe reduziert. Dabei hat der Zimmererverband für Unterstützung der Arbeitslosen sowie der Familien der Kriegsteilnehmer nicht unerhebliche Aufwendungen machen müssen. So zahlte er seit Juni vorigen Jahres bis Ende dieses Jahres an Arbeitslosenunterstützung 286 966,05 M. und an Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer 447 976,51 Mark; von letzterem Betrag entfallen 110 134,51 M. auf die Lokalkassen.

Den günstigen finanziellen Abschluß verdankt der Verband in erster Linie der regen Arbeitsgelegenheit, die sich seinen Mitgliedern bot. In den ersten Kriegsmonaten erreichte allerdings die Arbeitslosigkeit einen sehr bedenklichen Grad, so daß die Verbandsinstanzen genötigt waren, Aenderungen an den Unterstützungseinrichtungen vorzunehmen. Seit Januar dieses Jahres hat sich indes die Lage des Arbeitsmarktes im Zimmerergewerbe andauernd gehoben. Mit gutem Recht kann gesagt werden, daß der Zimmererverband bisher allen Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich brachte, Herr geworden ist. Sein jetziger Stand läßt die begründete Hoffnung hegen, daß das auch für die weitere Kriegsdauer der Fall sein wird.

Kriegsbeschädigtenfürsorge im Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Um eine berufliche Fürsorge der kriegsbeschädigten Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufsgenossen einzurichten, hatte der Zentralvorstand des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe eine Vorlage ausgearbeitet und diese allen in Betracht kommenden Unternehmervereinigungen unterbreitet. Während im Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe eine Verständigung zustande kam und vom Tarifamt ein Aufruf beschlossen wurde, ist es leider im Lithographie- und Steindruckgewerbe zu keiner gemeinsamen Arbeit gekommen. Der Gehilfenverband hatte dem Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer ebenfalls diese Vorlage unterbreitet und ihm vorgeschlagen, mit ihm und dem Fachverband deutscher Steindruckereibesitzer die Kriegsbeschädigtenfürsorge gemeinsam zu pflegen. In zweimaliger Beratung wurde dies dem Arbeitgeberschutzverband eingehend dargelegt. Dieser lehnte es jedoch ab, mit dem Gehiltenverband zu arbeiten, er versprach aber, in einem Aufruf an seine Mitglieder sich der Kriegsbeschädigten anzunehmen. Diesen Aufruf hat der Arbeitgeberverband jetzt in seinem Organ „Deutsches Steindruckgewerbe" abgedruckt. Darin werden die Mitglieder des Verbandes deutscher Steindruckereibesitzer aufgefordert, sich der kriegsbeschädigten Lithographen und Steindrucker anzunehmen. Wenn sich ein Kriegsbeschädigter an seinen früheren Arbeitgeber wendet, so soll der Unternehmer prüfen, ob er ihn an seinem alten Platz, oder wenn die Kriegsbeschädigung die Beschäftigung an seinem alten Platz nicht zuläßt, in einer andren Abteilung des Betriebes beschäftigen kann. Dabei soll die Gewährung der Militärrente mit der Lohnfrage nicht in ursächlichen Zusammenhang gebracht werden, sondern es soll der Grundsatz gelten, daß für die Entlohnung die Leistung des betreffenden Gehilfen maßgebend ist.

Es ist eine durchaus anerkennenswerte Mahnung, die durch den Aufruf an die Unternehmer gerichtet ist. Es fehlt aber jede Instanz, die die Unternehmer zur Erfüllung dieses Aufrufs verpflichtet, wie dies vom Gehilfenverbande gewollt wurde. Im deutschen Buchdruck- und im Chemigraphengewerbe zum Beispiel haben sich die Tarifämter, in denen Unternehmer- und Gehilfenvertreter sitzen, gemeinsam der Kriegsbeschädigten angenommen. Durch das Nichtzustandekommen einer unparteiischen Instanz kann leider im Lithographie- und Steindruckgewerbe jeder Unternehmer seinen eigenen Vorteil voranstellen. Wenn auch viele Unternehmer den Aufruf ihres Verbandes beachten werden, so sind andererseits doch auch schon Fälle vorgekommen, wo von Arbeitgebern Kriegsverletzten ein recht niedriger Lohn angeboten wurde. Der Gehilfenverband will nun durch den Ausbau der Arbeitsnachweise auf die Unterbringung der Kriegsbeschädigten einzuwirken suchen.

Zur Lage der schlesischen Textilarbeiter.

Arbeitseinschränkungen in ganz erheblichem Umfange sind nunmehr im ganzen mittelschlesischen Textilindustriebezirk eingetreten. In der ganzen Woche werden in Reichenbach zum Beispiel nur noch 4 oder acht Stunden gearbeitet. Außer dem Lohn hierfür erhalten männliche Arbeiter von den Industriellen 2 M., weibliche 1,50 und jugendliche 1 M. pro Woche als Unterstützung. Sonst erhalten die Arbeiter vorläufig nichts. Am Freitagvormittag erschienen nun vor dem Rathause in Reichenbach etwa 100 der notleidenden Spinnereiarbeiterinnen, um gemeinschaftlich wegen der Entschädigungen vorstellig zu werden. Der Bürgermeister wie auch der katholische Arbeitersekretär wiesen die Petenten darauf hin, daß ein Zuschuß erst dann gezahlt werden könne, wenn die nötigen Feststellungen in den Fabrikbetrieben über die wöchentliche Arbeitsdauer, den bisherigen Durchschnittsverdienst und dem Verdienstausfall jeden einzelnen Arbeiters eingegangen sind.

Hoffentlich dauert das nicht zu lange.

In Langenbielau wurden von der Gemeindevertretung einstimmig die Abmachungen so getroffen, daß das wöchentliche Einkommen durch Gemeindeunterstützungen für Arbeiter und Arbeiterinnen auf neun Zehntel des früheren Durchschnittslohnes kommt. Außerdem wird für jedes Kind (auch die unehelichen) 1 Mark pro Woche gezahlt. Als Höchstgrenze sind festgesetzt für erwachsene Arbeiter 12 Mark, Arbeiterinnen 9 Mark und für Jugendliche beiderlei Geschlechts 7,20 Mark die Woche.

Ausland.

Kinder- und Frauenarbeit in Rußland.

In Verbindung mit dem Kriege ist nach „Rasche Slowo" (Paris) vom 23. 9. die Kinder- und Frauenarbeit bedeutend gewachsen; am meisten in der Textilindustrie, in der Ende 1914 mehr Frauen und Kinder als Männer beschäftigt waren. In den übrigen Industrien schwankte der Prozentsatz zwischen 6 und 37. Die Kinder machten im Jahre 1914 10 Proz. aller Arbeiter aus. Besonders stark ist die Tendenz, Männer durch Frauenarbeit zu ersetzen, im Kreise Moskau hervorgetreten, wo im Vorjahre 44,5 Proz. Arbeiterinnen waren.

Beilegung des italienischen Textilarbeiterstreiks.

Mailand, 5. Oktober. Die hiesigen Blätter melden, daß der Textilarbeiterstreik beigelegt und eine Uebereinkunft zwischen den Arbeitern und den Industriellen unterzeichnet worden sei.

Aus der Partei.

Zum Rücktritt des Genossen Vliegen

wird uns aus Amsterdam geschrieben:

Anläßlich der Erklärung Vliegens und Van Kols zur Berner Konferenz wird in einem Teil der deutschen Parteipresse behauptet, Genosse Vliegen sei „seinerzeit seiner allzu schroffen Einseitigkeit zugunsten der Entente halber, veranlaßt worden, von der politischen Leitung unseres holländischen Hauptorgans zurückzutreten". Diese Behauptung entbehrt allen Grundes. Vliegen hat seine Entlassung als Redakteur von „Het Volk" genommen, als er zum Schöffen, das heißt ungefähr besoldeten Stadtrat, der Gemeinde Amsterdam gewählt wurde, eine Stellung, welche seine Arbeitskraft so sehr in Anspruch nimmt, daß er jetzt sogar aus demselben Grunde sein Kammermandat niedergelegt hat.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 345 der preußischen Armee bringt Verluste folgender Truppenteile:

Infanterie usw.: Garde: Garde-Grenadier-Regiment Franz; Garde-Reserve-Jäger-Bataillon; Grenadier-, bzw. Infanterie-, bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 5, 9 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 150), 12, 16 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 230), 23, 26, (f. Inf.-Reg. Nr. 32), 29 bis einschl. 34 (letzteres f. Inf.-Reg. Nr. 150), 35, 41, 43, 45, 47, 48 (f. Feldfliegertruppe), 51, 59 bis einschl. 63, 65 bis einschl. 69, 70, 71, 73 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 230), 76, 77, 79 (letztere beiden f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 230), 80, 116 (f. Inf.-Reg. Nr. 130), 118, 129, 130, 138, 144, 146 bis einschl. 151 (letzteres f. auch Inf.-Reg. Nr. 150), 154, 159, 160, 161, 164, 165, 167, 168, 169, 174, 175, 176, 188, 353, 361, 371; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 5, 12, 18, 19, 20, 29, 31, 59, 60, 61, 68, 70, 76, 77, 78, 81, 82, 204, 219, 226, 230; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 4, 5, 19, 23, 30, 48, 60, 61, 68, 72, 80; Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 1 und 2; Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 9 (f. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 2), 27 (f. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 1); Landsturm-Infanterie-Bataillone: I Beuthen in Ob.-Schles., I Coblenz, Gelsenkirchen, I Glogau, III Potsdam; Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 2. Arolsen, Nr. 5 des 6. Armeekorps (Cosel), 3. Mosbach, 5. Saarbrücken, II Worms; Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 190 (f. Gren.-Reg. Nr. 4), 194 (f. Inf.-Reg. Nr. 150); Feld-Maschinengewehr-Kompagnie des 2. Armeekorps.

Kavallerie: 2. Garde-Dragoner; Kürassiere Nr. 6; Dragoner Nr. 13 und 14; Husaren Nr. 8 und 16; Ulanen Nr. 2; Jäger zu Pferde Nr. 10; Landwehr-Regiment Nr. 2; Reserve-Kavallerie-Abteilung Nr. 80.

Feldartillerie: Ersatz-Abteilung des 5. und 6. Garde-Feldartillerie-Regiments; Regimenter Nr. 4, 15, 16, 18, 20, 33, 41, 47, 59, 81, 86, 209, 217; Reserve-Regimenter Nr. 1 und 47; 1. Landsturm-Batterie des 3. Armeekorps.

Fußartillerie: Regiment Nr. 8; Reserve-Regimenter Nr. 6, 7, 9; Batterie Nr. 210.

Pioniere: Regimenter Nr. 18, 19, 20, 24, 29, 31; Bataillone: I. Nr. 5, I. Nr. 6, I. Nr. 9, II. Nr. 10, I. Nr. 15, I. Nr. 17, Reserve-Kompagnien Nr. 76 und 85; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 195.

Verkehrstruppen: Eisenbahn-Betriebsamt Mons; Telegraphen-Abteilung der Njemen-Armee; Fernsprech-Abteilungen des 6. Armeekorps und des Landwehrkorps; Feldfliegertruppe.

Train: Feldbäckereikolonnen Nr. 1 des 15. Armeekorps und Nr. 101 der 101. Infanterie-Division.

Infanterie-Munitionskolonne Nr. 3 des Garde-Reservekorps.

Sanitäts-Kompagnie Nr. 2 des 7. Armeekorps.

Armierungsbataillone.

Etappen-Kommandantur Nr. 21 der 4. Armee.

* * *

Die bayerische Verlustliste Nr. 225 meldet Verluste des Infanterie-Leib-Regiments, München; 1., 3., 4., 5., 6., 9., 10., 11., 12., 13., 17., 19., 20., 21., 23. Infanterie-Regiments; Jäger-Regiment Nr. 3; 1. und 2. Jäger-Bataillon; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 4, 5, 7, 10, 12, 18. (Schluß folgt.)

Der Schluß der württembergischen Verlustliste Nr. 277 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir bereits gestern mitteilten.

Kriegs-Kornfranck ist der Ersatz für Bohnenkaffee. Er ist gut und billig. Das ganze Paket kostet 50 Pfg. Mit Milch und Zucker ist Kriegs-Kornfranck ein nahrhaftes Getränk für Kinder und Kranke.

Keine Petroleum-Not!
Wunderbar helles Licht durch unsere vorzügl. **Carbit-Tischlampen.** Viel heller und billiger als Petroleum. (Brennkosten p. Stunde nur 1½ Pf.) Vollständ. Lampe nur **4.50 M.**, fein vernickelt nur **7.50 M.** Jahlr. Dankschr. Versand p. Nachnahme von **Kogge & Bähr, Berlin,** Mauerstr. 83/84.

„Unsere Marine"
Beste 2 Pf. Cigarette

Deutsches Fabrikat
Trustfrei
GEORG A. JASMATZI AKTIENGESELLSCHAFT, DRESDEN.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Die Tafelrunde des Oberst Thompson.

Im Juni dieses Jahres gründete der Oberst Robert M. Thompson die amerikanische Flottenliga. Der Weltkrieg erwies die Notwendigkeit starker Rüstungen für jede Nation, außerdem waren die Beziehungen der Vereinigten Staaten zum Deutschen Reiche recht unerquicklich. Ueber Nacht konnte das Land in den gewaltigen Strudel hineingerissen werden, und dann war es verloren, wenn nicht schleunigst Hand ans Werk gelegt wurde. Oberst Thompson durfte als Patriot die Dinge nicht länger ihren schläfrigen Gang gehen lassen. Er sah, daß etwas geschehen müsse, und forderte, daß einstweilen 500 Millionen Dollar, gleich zwei Milliarden Mark, für die Erhöhung der Wehrkraft ausgeworfen würden.

Aber was bedeutet ein einzelner Mann, selbst wenn er ein Oberst ist? Thompson war klug genug, sich die Mitwirkung anderer gutgesinnter und einflußreicher Personen zu sichern. Er lud eine Anzahl von Leuten mit klangvollen Namen zu einem Frühstück ein, um ihnen des Landes Not vorzutragen, und siehe da, die Erschienenen hatten alle ein volles Verständnis für die Sache. Im Handumdrehen waren sie gewonnen und stimmten mit ihrem Gastgeber darin überein, daß Gefahr im Verzuge sei, und daß nur entschlossenes Handeln Nordamerika vor dem sicheren Untergang retten könne. Der Plan des Obersten hatte sozusagen in der Luft gelegen, und nun ging man mit den landesüblichen Mitteln an die Vorbereitung seiner Verwirklichung. Eine ebenso umfassende wie lärmende Propaganda wurde entfaltet. Die Kosten spielten keine Rolle, denn der Patriotismus der Frühstücksgesellschaft kannte keine Grenzen.

Noch ist der beabsichtigte Erfolg nicht erreicht, aber man kommt ihm mit jedem Tage näher, und sicher tun wir gut daran, den Bannerträgern dieser eminent nationalen Bewegung, die die Geschichte der Vereinigten Staaten sicher einmal mit Stolz nennen wird, schon jetzt einige Aufmerksamkeit zu schenken.

Wer ist Herr Thompson, wer sind seine Tischgäste?

Oberst Robert M. Thompson ist, wie schon gesagt, in der Hauptsache ein hochgesinnter Patriot. Aber da die Vaterlandsliebe seine Zeit nicht völlig ausfüllt, hat er sich noch eine kleine Nebenbeschäftigung zugelegt und versieht in seinen freien Stunden das Amt eines Präsidenten der Internationalen Nickel-Compagnie. Der Posten ermöglicht seinem Inhaber um so mehr eine selbstlose Betätigung im Dienste erhabener Interessen, als die Nickel-Compagnie infolge des starken Nickelverbrauchs im Kriege ausgezeichnete Geschäfte macht.

Es war natürlich eine Pflicht der Höflichkeit und Kollegialität, daß Herr Thompson zu dem erwähnten Gründungsfrühstück drei Direktoren seiner Compagnie hinzuzog, und da der eine von ihnen, Herr Edmund C. Converse, gleichzeitig mit einem gewissen Zweige der Rüstungsindustrie finanzierenden Banktrust und außerdem mit dem Stahltrust in Verbindung steht, hatte man auf diese Weise auch mühelos Beziehungen zu anderen nicht ganz einflußlosen Stellen angeknüpft. Selbstverständlich mußten zur Gesellschaft für Herrn Converse wieder noch andere Herren aus den ihm nahestehenden Konzernen eingeladen werden. So kam es, daß schließlich durch die Gäste am Tisch des Obersten ein beträchtlicher Teil jener Großfirmen repräsentiert war, die jetzt an der Munitionslieferung für die Alliierten direkt oder indirekt am meisten beteiligt sind, und als der vornehmste unter ihnen konnte Herr J. Pierpont Morgan vom Bankhause J. P. Morgan u. Co. gelten, das für die Regierungen zu London, Paris und Petersburg die Ankäufe von Kriegsmaterial in Amerika vermittelt.

Wer bezweifelt, daß kaum ein Kollegium denkbar ist, das mehr berufen gewesen wäre, die bittere Notwendigkeit eines starken Heeres und einer starken Flotte zu betonen und das amerikanische Volk zur Opferwilligkeit für das Vaterland zu mahnen? —

Jedenfalls, die Vereinigten Staaten müssen mehr Soldaten, mehr Maschinengewehre, mehr Kanonen, mehr Panzerschiffe und mehr Torpedos haben. Das steht fest. Die Patrioten des erwähnten Schlages lassen sich aber nicht daran genügen, ganz allgemein diese Unentbehrlichkeiten zu fordern: sie weisen vielmehr auch den Weg, auf dem sie zu beschaffen sind. Die zurzeit bestehenden zwei oder drei verhältnismäßig kleinen Staatsfabriken reichen für den großen Bedarf bei weitem nicht aus. Es muß also für Abhilfe gesorgt werden. Der nächstliegende Gedanke wäre der, die staatlichen Betriebe zu erweitern und ihre Zahl zu vermehren. Aber nein, die vereinigten Patrioten erklären diese Methode für undurchführbar: sie würde zu teuer werden. Die Rüstungsinteressenten sind unbedingt für die Schonung des Staatssäckels, und ihre Opferwilligkeit ist so groß, daß sie dem amerikanischen Volke ihre eigenen Fabriken für die Waffenproduktion zur Verfügung stellen. Ein herrliches Bild selbstloser Vaterlandsliebe!

Freilich, — woran es liegt, mag der Teufel wissen — die Geschichte wird in der Privatindustrie eine Kleinigkeit teurer zu stehen kommen als in den staatlichen Arsenalen. Der Kommandant der Regierungswerkstätten von Frankfort (Philadelphia) hat vor einiger Zeit einmal berechnet, daß für dasselbe Quantum gleichwertiger Munition, das im Arsenal für einen Kostenaufwand von 1 900 064,05 Dollar hergestellt wurde, der Privatindustrie 2 879 904,99 Dollar gezahlt werden mußten, d. h. also, daß die Regierung bei der Fabrikation in eigener Regie rund eine Million sparte. Andere Beispiele: Schrapnells, für die die Freunde des Oberst Thompson 25,26 Dollar pro Stück berechneten, kamen in den Staatsfabriken auf 15,45 Dollar zu stehen; solche, die die Munitionslieferanten für 17,50 Dollar auf dem Altar des Vaterlandes niederlegten, kosteten im Arsenal 7,94 Dollar usw. Nach amtlichen Berechnungen betragen ferner die Kosten für die Herstellung einer Tonne Panzerplatten durchschnittlich 247,17 Dollar, das amerikanische Marineamt jedoch hat den drei hauptsächlich in Betracht kommenden Privatfirmen (Bethlehem, Midvale und Carnegie Stahlwerke) im Durchschnitt 440,04 Dollar gezahlt. Bevor der Staat sich daran machte, Pulver in eigener Regie herzustellen, zahlte er 80 Cents pro Pfund. Sobald er in die Konkurrenz eintrat, gingen die privaten Firmen auf 53 Cents herunter, das staatliche Arsenal selbst aber liefert das Pulver für 35 Cents.

Das Material genügt, um die Sparsamkeitsbestrebungen der Rüstungsinteressenten gebührend zu würdigen, und es gibt nun Leute, die aus ihm die Schlußfolgerung ziehen, daß den Privatfirmen das Geschäft genommen werden müsse. Aber wie kann man so etwas verlangen! Man bedenke doch: im Laufe des Weltkriegs haben sich eine Reihe von Fabriken, die sonst friedliche Gegenstände produzierten, auf Gewehre und Munition eingestellt, und die, die sich schon früher mit Kriegsbedarf abgaben, haben ihre Betriebe zum Teil beträchtlich erweitert. Was in aller Welt soll denn aus diesen Anlagen werden? Einmal wird möglicherweise doch trotz der lebhaftesten Gegenanstrengungen von Thompsons Tafelrunde und anderen Leuten auch dieser Krieg aufhören, und dann stehen die Räder still, wenn nicht schleunigst für neue Bestellungen gesorgt wird. In einer amerikanischen Zeitschrift wurde vor kurzem dargelegt, daß die Maschinen für Waffen und Munition für andere Zwecke nicht zu verwenden seien. „Ein Ding — so hieß es da — ist gewiß. Diese Umwandlung friedfertiger Unternehmungen in Munitionsfabriken wird das Land nach dem Krieg mit einer solchen Unmasse „alten Eisens“ überschwemmen, wie die Welt es noch nicht gesehen. . . Alle, die jetzt Bomben und Granaten fabrizieren, haben kostbare Ausrüstungen anschaffen müssen, die später absolut unbrauchbar sind. Maschinen allein zur Herstellung von Zeitzündern bei Schrapnells kosten 400 000 Dollar; sie können später zu nichts anderem gebraucht werden, sie sind „altes Eisen“.“

Also, was bleibt dem Präsidenten und dem Kongreß viel übrig? Sie können die hervorragenden Patrioten, die so eifrig die Rüstungsvermehrung betreiben, doch nicht durch Uebernahme der Rüstungslieferungen in Staatsregie vor den Kopf stoßen und an den Rand des Bankrotts bringen. Das hieße die Pflicht der Dankbarkeit verletzen. Und von der Regierung verlangen, sie solle auf die Rüstungsverstärkung überhaupt verzichten, geht noch weniger an. Denn ganz abgesehen davon, daß der Effekt für die verschiedenen Trusts dann derselbe wäre wie bei der Erweiterung der Staatsarsenale, hat die Regierung heute den Treibereien auch schon viel zu viel nachgegeben, als daß sie noch zurück könnte. Sie ist die Gefangene der Panzerplattenpatrioten.

Die eine Frage bleibt nun noch übrig: wird der erhöhte Bedarf der Vereinigten Staaten ausreichen, um die vergrößerten Betriebe ausreichend zu beschäftigen oder werden die Waffenkonzerne darauf aus sein müssen, noch andere Märkte zu suchen und, wenn keine vorhanden sind, solche zu schaffen? Daß die Interessenten des Rüstungskapitals den Willen und die Macht besitzen, Bedarf zu provozieren und so ihren Absatz zu sichern, hat der amerikanische Marinesekretär Daniels in seinem letzten Jahresbericht an den Kongreß mit staatsmännischer Vorsicht zwar, aber doch verständig genug angedeutet, als er die Forderung, die staatlichen Munitionsfabriken zu erweitern, damit begründete, daß eine solche Politik die starke Agitation oder Organisation für große Vorbereitungen zum Kriege verhindern werde, die von denen in die Hand genommen werde, die an der Herstellung von Kriegsbedarf profitieren. „Der Anreiz zur persönlichen Bereicherung durch Kriegsvorbereitungen sollte — so schloß Daniels seine Betrachtungen — in den Vereinigten Staaten nicht existieren dürfen.“

Das tägliche Brot.

Reiche Ernte.

In einem katholischen Sonntagsblatt, das zahlreichen Tageszeitungen beiliegt, erschien zum Erntedankfest folgendes Gedicht:

Das ist ein Leuchten, aus dunklem Grün
rotwangige Aepfel prächtig glühn.
Das ist ein Segen in diesem Jahr
so reich, wie lange keiner mehr war.
Es beugt sich zur Erde Ast um Ast,
man muß sie stützen, die süße Last.
Der Hans schleppt Körbe so groß und schwer,
die Gretel bringt Obst in der Schürze her.
Die Aepfelkammer daheim ist voll,
man weiß nicht, was das noch werden soll.
Und weiter fällt es bald dort, bald hier — —
Allgütiger Gott, wir danken dir!

In den Marktpreisen ist von diesem Segen leider nichts zu spüren!

Es bleibt beim freien Spiel der Kräfte.

Was am Montagabend über die Entschließungen der Kartoffelkonferenzen im Reichsamt des Innern mitgeteilt wurde, war nicht gerade danach angetan, große Hoffnungen bei uns zu erwecken; die Einzelheiten aber, die inzwischen noch durchgesickert sind, stimmen unsere an sich schon so bescheidenen Erwartungen noch weiter herab. Wir fanden das Verfahren, auf das man sich geeinigt hatte, zunächst nur umständlich und fragten erstaunt, warum man einen gar so komplizierten Apparat einrichte. Jetzt geben uns Erläuterungen, die der „Berliner Lokal-Anzeiger“ über die Tendenz der Beratungen macht, die Antwort. Danach lag den Besprechungen der Gedanke zugrunde, eine zufriedenstellende Lösung der Kartoffelfrage zu finden, „ohne irgendwie zu gewaltsamen Eingriffen zu schreiten, sondern nach Möglichkeit dem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte freien Lauf zu lassen und aushilfsweise durch eine dazu besonders geeignete Einrichtung behördlicherseits einzugreifen.“

Mit anderen Worten: die von der Großlandwirtschaft geforderte Politik des freien Spiels der Kräfte hat im Reichsamt des Innern Zustimmung gefunden und die große Maschinerie wird nur in Bewegung gesetzt, um zu verbergen, daß es den maßgebenden Stellen an Entschlossenheit fehlt, wider den Stachel der Produzenten und Händler zu löken. Das wird weiter noch bestätigt durch die Versicherung, daß zu einer Beschlagnahme mit anschließender Androhung — wohlgemerkt Androhung — der Enteignung und endlich einsetzender tatsächlicher Enteignung mit Festsetzung des Uebernahmepreises nur in den allernotwendigsten Fällen geschritten werden soll.

Wenn selbst ein Blatt wie die „Tägliche Rundschau“ in diesen Beschlüssen einen Beweis der „hellen Angst vor dem Kriegssozialismus“ erblickt und meint, daß sie auf eine verdächtige Weise an das „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß“ erinnerten, so ist ihnen damit eigentlich das Urteil gesprochen. Die Gefahr einer Kartoffelnot ist unverkennbar, die Konsumenten und die Sozialpolitiker aus allen Lagern dringen mahnend, warnend und drohend auf die Regierung ein, doch die Anhänger der Politik des Gehenlassens behalten die Oberhand.

Nun hat sich zunächst noch der Bundesrat mit der Materie zu beschäftigen; aber die Erfahrungen, die wir eben erst mit der Schaffung der Preisprüfungsstellen gemacht haben, läßt uns die begründete Befürchtung hegen, daß der Bundesrat sich darauf beschränken wird, den Grundgedanken der Konferenzbeschlüsse in eine Anzahl von Paragraphen zu zerlegen, an denen wahrscheinlich die Produzenten so gut wie die von den Händlern schleunigst gegründeten privaten Verteilungsvereinigungen ihre helle Freude haben werden.

Inzwischen wiegt sich die „Köln. Volksztg.“ noch immer in dem Glauben, es lasse sich etwas erreichen, wenn man der Kartoffeln erzeugenden Landwirtschaft gut zurede und sie an ihre moralischen Pflichten erinnere. Um ihren Bitten mehr Nachdruck zu geben, ruft sie den Landwirten ins Gedächtnis zurück, wie sehr sich die katholischen Arbeiter bei der Zollpolitik um sie verdient gemacht haben.

„Als der Kampf um die letzten Handelsverträge tobte, waren es Führer unserer christlichen Arbeiter, welche für den Schutz unserer heimischen Landwirtschaft eintraten, welche unter großen Opfern ihrerseits der Landwirtschaft die zu ihrem Emporwachsen und Weitergedeihen notwendigen Mittel an die Hand gaben. Jetzt ist es Zeit, daß die Landwirtschaft sich dafür dankbar erweist und daß die Landwirtschaft besonders unserer Arbeiterbevölkerung ihre Produkte zu einem Preise zur Verfügung stellt, der nicht durch Eigennutz und Spekulation zustande gekommen ist. Die Landwirtschaft möge bedenken, daß nach dieser eine andere Zeit kommt, in der sie sich nach Rettern in etwaigen Nöten umzusehen gezwungen sein wird. Sorge sie dafür, daß dann diese Umschau nicht vergeblich werde.“

Daß dieser Appell an die Dankbarkeit etwas nutzen wird, bezweifeln wir, und ebenso wenig wird die leise Drohung mit späterer Abrechnung auf die Landwirte einen wesentlichen Eindruck machen. Sie denken: „bar Geld lacht“, und was die nächsten Wahlen und kommenden Zolltarifkämpfe angeht, so sind sie überzeugt, daß die Zentrumspresse ihnen die christlichen Arbeiter nach dem Kriege wieder ebenso zutreiben wird, wie sie es bisher getan hat.

Die neue Reichs-Preisprüfungsstelle.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. v. M. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen wird für das Reichsgebiet in Berlin eine Reichs-Preisprüfungsstelle eingerichtet. Die Vorarbeiten sind dazu bereits in Angriff genommen, die neue Behörde wird ihren Sitz im Hause Wilhelmstr. 71 erhalten. An die Spitze des Vorstandes wird, wie die „Deutsche Tageszeitung“ erfährt, der Vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Geh. Oberregierungsrat Jung, vom Reichskanzler berufen werden.

Wir werden also bald um eine Amtsstelle und, wie wir fürchten, nach einer kleinen Weile auch um eine schmerzliche Enttäuschung reicher sein.

Bestrafte Preistreibereien in Sachsen.

Zwei bemerkenswerte Urteile über Preistreibereien hat die Strafkammer des Landgerichts zu Chemnitz gefällt. Am 21. August kaufte eine Frau bei dem Kaufmann und Fischwarenhändler Röse in Chemnitz zwei Pöklinge und mußte dafür 22 Pf. bezahlen. Die Fische kamen ihr denn doch zu „niedlich“ für diesen Preis vor und sie begehrte deshalb Umtausch gegen andere Waren. R. lehnte die Erfüllung dieser Bitte ab und die Käuferin sah sich dadurch veranlaßt, der Wohlfahrtspolizei Kenntnis von der Sachlage zu geben. Das hatte zur Folge, daß die Behörde entsprechende Erörterungen vornahm. Diese ergaben, daß R. für Pöklinge dieser Art (beide Fische wogen zusammen nur 72 Gramm) nur $6^{8}/_{10}$ Pf. für das Stück im Einkauf einschließlich Frachtspesen bezahlt hatte. Nach sachverständigem Gutachten hat ein Nutzen von 2 bis 3 Pf. an einem dieser Fische für angemessen zu gelten, der Gewinn, den R. nahm, war also ein „übermäßiger“ im Sinne der Bundesratsverordnung vom 23. Juli d. J. Der Angeklagte wurde deshalb zu fünfundsiebzig Mark Geldstrafe oder zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde die öffentliche Bekanntmachung des Urteils auf Kosten des Verurteilten verfügt. — Der zweite Fall liegt folgendermaßen: Im Juli dieses Jahres hatte der Milchhändlerverein zu Chemnitz beschlossen, vom 1. August ab die ins Haus gelieferte Vollmilch gleichmäßig für 28 Pf. (ein Liter) zu verkaufen. Diesem Verein gehört auch der Molkereiinhaber Hofmeister in Chemnitz-Hilbersdorf an, und er hielt sich auch an den Beschluß des Vereins. In seiner Nachbarschaft befindet sich nun aber ein Molkereiproduktengeschäft des Kaufmanns Breger, der nicht dem Verein angehört und deshalb auch nach wie vor den Liter Vollmilch im Laden für 25 Pf. verkaufte, auf diesen Preis auch noch Rabatt gewährte. Das ärgerte H., zumal seine Milchausträgerinnen darüber klagten, daß die Abnehmer unter Hinweis auf den billigen Preis bei B. nicht 28 Pf. zahlen wollten. In den ersten Augusttagen schrieb nun H. an den Milchlieferanten B.s eine Karte, deren Hauptinhalt lautete: „Ich nehme an, daß Sie die Milch an B. zu billig liefern. Diese Preisschleuderei schadet dem Milchhandel. Rittergutsmilch läßt sich doch leicht für 30 Pf. verkaufen.“ Der Sinn dieser Auslassung konnte nach Ansicht des Gerichts nur der sein, den Milchlieferanten zu veranlassen, mit dem Preise für die Vollmilch in die Höhe zu gehen, damit auch B. teurer hätte verkaufen müssen. Das Gericht erblickte in der Handlungsweise des Angeklagten eine „unlautere Machenschaft“, wie sie in dem § 5 Ziffer 3 der Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 unter Strafe gestellt worden ist. Das Urteil lautete auf dreihundert Mark oder 60 Tage Gefängnis. Auch in diesem Falle erkannte das Gericht auf öffentliche Bekanntgabe des Urteils auf Kosten des Verurteilten.

Vom Bunde deutscher Bodenreformer.

Der Bund deutscher Bodenreformer hat in diesen Tagen — vom 1. bis 4. Oktober — in Bielefeld seine 24. Hauptversammlung abgehalten. Sie war als eine Kundgebung zur Förderung des Kriegerheimstättenwesens gedacht und danach auch äußerlich eingerichtet. Am 2. Oktober sprachen im Rathaussaale zu Bielefeld Generalleutnant Rohne über „Wehrkraft und Heimstätten“, Pastor Wehrmann (Hamburg) über „Volkssittlichkeit und Heimstätten“, Prof. Dr. Rein (Jena) über „Erziehung und Bodenreform“, Prof. Dr. Siegert (Köln) über „Volksgesundheit und Heimstätten“, Bürgermeister Dr. Bellan (Eilenburg) über „Gemeindewohl und Heimstätten“, Arbeitersekretär Joos (christl.) über „Arbeiter und Heimstätten“, A. Falkenberg über „Die Feldsoldaten und Heimstätten“. Zudem sollte Frau Prof. Paasche über „Frauenbewegung und Heimstätten“ sprechen; sie war aber nicht erschienen. Die Referate lagen übrigens gedruckt vor, werden auch wohl im Druck erscheinen, so daß vielleicht gelegentlich darauf zurückgegriffen werden kann.

Die Ausführungen bauten sich gewissermaßen auf den „Grundsätzen für ein Reichsgesetz zur Schaffung von

Kriegerheimstätten" auf, die vom Hauptausschuß für Kriegerheimstätten in Berlin zusammengestellt worden sind.

Die Heimstättenversorgung soll durch ein Heimstättenamt geschehen, „das dem Reichsamt des Innern ein- und untergeordnet und in geeigneten Bezirken durch Heimstätten-Ämmänner vertreten wird". Der Grund und Boden soll durch ein Vorkaufsrecht bei Zwangsversteigerungen und bei der Veräußerung von Grundstücken, die in einem Jahrzehnt zweimal freihändig ihren Besitzer gewechselt haben, gewonnen, die Kosten durch eine Oedlandsteuer aufgebracht werden.

Die am 2. Oktober angenommene Entschließung lautet:

„Die 24. Hauptversammlung des Bundes Deutscher Bodenreformer in Bielefeld gibt dem dringenden Wunsche Ausdruck, daß in den besetzten Gebieten unverzüglich jeder Bodenspekulation durch Untersagung aller Grundstücksübertragungen ohne obrigkeitliche Genehmigung vorgebeugt werde. Grundstücksübertragungen sind ausnahmsweise unter Ortseingesessenen zu gestatten. Die Hauptversammlung sieht in diesem Verbot den ersten notwendigen Schritt zu weiteren Maßregeln gegen schrankenlose Privatwirtschaft und Ausbeutung des Bodens und der Bodenschätze. Mit aller Entschiedenheit tritt sie dafür ein, daß von vornherein die Grundsätze der Landordnung von Kiautschou in den etwa anzugliedernden oder wiedergewonnenen Gebieten in Europa oder in den Kolonien zur Anwendung gelangen."

Die Bodenreformer sind meist gute Leute, mit viel Gemüt. Man konnte sich bei dieser Tagung auch in einen Kongreß der Evangelisch-Sozialen oder etwas ähnliches versetzt glauben: an schönen, gefühlvollen Worten fehlte es gewiß nicht, und je mehr Gefühl, desto mehr Beifall. Aber mit schönen Worten werden die Dinge, die es zu beseitigen oder zu ändern gilt, nicht aus der Welt geschafft. Der Landeshauptmann von Westfalen, Dr. Hammerschmidt, sagte bei der Begrüßung u. a., die Geschichte dieser Zeit solle sein ein Fortschritt von der Kultur der Wenigen zu der Kultur der Vielen, und seine Rede weckte starken Beifall. Die Kultur der Vielen, die Kultur aller erstreht die Sozialdemokratie, und es hat sich nicht gezeigt, daß die Durchschlagskraft ihrer Grundsätze irgendwie gelitten hätte. Könnte man so in den Zielen äußerlich allenfalls eine Uebereinstimmung konstruieren, so sind Mittel und Wege hier und dort grundverschieden. Die Bodenreformer wollen der Masse ein Stückchen Kultur aufpfropfen, und sie hoffen, durch die Gunst angesehener Persönlichkeiten ihre Arbeit vorwärts zu bringen, — die Sozialdemokratie will die Menschheitskultur schlechthin, und sie wird sie erreichen, indem sie die Massen selbst mobilisiert und sie Kultur empfinden lehrt. Je mehr sie die Empfindung dafür haben, desto rascher werden wir auf dem Wege zu dem glückverheißenden Ziele voranschreiten.

Kriegerheimstätten sind gut — Volksheimstätten sind besser (denn sie umfassen mehr), und zu der Mitarbeit an allen guten, die Volkskultur fördernden Dingen wird die Sozialdemokratie mehr als je bereit sein. Aber wenn in der Entschließung der Bodenreformer von dem „ersten notwendigen Schritt zu weiteren Maßregeln gegen schrankenlose Privatwirtschaft" die Rede ist, so wird es sich zeigen, wer als Schrittmacher hier demnächst am entschiedensten neue Bahnen bereitet.

Aus Industrie und Handel.

Das neue Kohlensyndikat.

In der gestrigen Beiratssitzung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats wurde beschlossen, die gegenwärtigen Richtpreise auch während der beiden letzten Monate des Jahres bestehen zu lassen. Die im Anschluß an die Beiratssitzung abgehaltene Versammlung der Zechenbesitzer setzte die Beteiligungsanteile für Oktober in Kohlen, Koks und Briketts auf 80 Proz., alles wie bisher, fest. Sodann teilte der Vorstand einige am 1. Oktober d. J. in Kraft getretene Veränderungen der Koksbeteiligungsziffern mit. Schließlich fand die konstituierende Versammlung der Zechenbesitzer des neuen Syndikates statt, in der die in dem neuen Syndikatsvertrage vorgesehenen verschiedenen ständigen Ausschüsse gebildet wurden. Geheimrat Dr. Kirdorf übernahm den Vorsitz in dieser Versammlung.

Kriegsgewinne.

Die Aktiengesellschaft „Carl Berg" in Eveking i. W. erzielte in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahre einen Rohgewinn von 2 672 748 M. gegen 568 827 M. im Vorjahre. Nach reichlichen Abschreibungen, wobei z. B. die vorhandenen Maschinen bis auf 1 M. abgebucht wurden, verbleibt ein Reingewinn von 1 550 448 M. gegen 310 574 M. 1913/14. Zur Verteilung gelangt eine Dividende von 15 Proz. gegen 5 Proz. im Vorjahre.

Die Gesellschaft hat ein Aktienkapital von 3 Millionen Mark. Die Dividende hätte, wenn nicht ungeheure Aaschreibungen und sonstige Rückstellungen gemacht worden wären, 50 Proz. betragen können.

Die „Stadtberger Hütte" in Niedermarsberg hat ihren Betriebsgewinn ebenfalls mehr als verdreifacht. Das Unternehmen erzielte im Jahre 1914/15 einen Betriebsgewinn von 745 023 M. gegen 220 687 M. Aus dem Reingewinne von 282 459 M. (48 632 M.) wird eine Dividende von 10 (2) Proz. gezahlt.

Terpentinversorgung aus dem besetzten Polen.

„Az Ujsag" vom 26. September schreibt:

Die Besetzung Russisch-Polens hat eine Reihe industrieller Unternehmungen in die Hände der Heeresleitung gebracht, die schon bisher bei der Versorgung des Inlandes eine wichtige Rolle spielten. Durch die Eroberung von Brest-Litowsk, Luck und Kowel sind außerordentlich wichtige Terpentinölgebiete in unseren Besitz gelangt, die von nun an in den Dienst unserer Industrie treten können. Die Terpentinölproduktion Polens, besonders Wolhyniens, ist auf jährlich 20 000 Tonnen zu schätzen, davon kamen nach Oesterreich-Ungarn im Jahre 1913 2835 Tonnen, also etwa ein Drittel des Gesamtbedarfs beider Länder. Jetzt, da die polnische und wolhynische Terpentinölproduktion ganz in die Hände der Zentralmächte gefallen ist, ist es unzweifelhaft, daß der ganze Terpentinölbedarf aller drei Staaten gesichert ist, und daß wir auf die Produktion des feindlichen Auslandes nicht mehr angewiesen sein werden.

Rückgang der Getreideanbaufläche in Rußland.

Das russische Ministerium des Innern hat sehr interessante Einzelheiten über die diesjährige Ernte veröffentlicht, aus denen die „Birshewija Wjedomosti" vom 25. September folgendes wiedergeben: Nach den Berechnungen des Ministeriums betrug im Jahre 1915 in den 64 Gouvernements und Bezirken des Reichs (ohne die Ostseeprovinzen) die Anbaufläche des Winterkorns 31 412 447 Desjatinen (1 Desjatine = 1,09 Hektar), die des Sommerkorns 56 388 007, im ganzen also 87 800 454 Desjatinen. Im Vergleich zum vorigen Jahre weisen alle diese Zahlen einen Rückgang der Anbaufläche auf, und zwar bei den Wintersaaten um 143 784, bei den Sommersaaten um 2 716 636, im ganzen um 2 860 420 Desjatinen.

Im einzelnen ist die Anbaufläche von Hafer um 791 557, von Sommerweizen um 948 160 und von Gerste um 488 078 Desjatinen zurückgegangen. Die Anbaufläche von Kartoffeln war im Jahre 1915 mit 3 256 533 Desjatinen um 285 273 geringer als im Vorjahre, die von Hanf mit 1 241 077 Desjatinen um 162 583 geringer.

Aus Groß-Berlin.

Den Märkern die Mark!

Bekanntlich hat der Krieg die Schönheiten der Mark auch vielen solchen Leuten näher gerückt, die bisher über die „märkische Streusandbüchse", ohne die Mark wirklich zu kennen, spöttelten und als Touristen ihr in weitem Bogen aus dem Wege gingen. Die erschwerten Verkehrsverhältnisse und wohl auch Sparsamkeitsgründe brachten es fertig, daß Modereisende, die sonst nur in das Gebirge, an die See oder in „erstklassige" Kurorte gingen und sogar ausländische Bäder bevorzugten, sich während des verflossenen Sommers in allen möglichen Orten der Mark einmieteten. Mit einem Male erklang das hohe Lied der Mark auch von diesen verwöhnten Seiten in den schönsten Tönen. Was Hunderttausende von Groß-Berlinern, die sich nur Tagesausflüge oder bestenfalls eine ganz billige Sommerwohnung in der Umgegend leisten können, schon längst kannten, nämlich die in ihrer lieblichen Art unvergleichlichen Naturschönheiten vieler märkischen Gegenden, das kam jetzt den bisherigen Außenseitern zum Bewußtsein.

Eine förmliche Bewegung entstand in einem Teile der Presse, den märkischen Vergnügungsreisenden das Losungswort „Reise zu Hause", also das Wandern und Erholen in der näheren Umgebung mit allen seinen Reizen zu schildern, an sich gewiß ein nützliches Beginnen. Vorsichtige meinten freilich, ob nicht dahinter noch etwas anderes stecke, etwa ein Geschäft. Nun erschien kürzlich auf dem Plan der „Neuentdeckung" der Mark auch die vor einigen Jahren gegründete Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins und verriet in einer Sitzung, der auch zahlreiche Bürgermeister und Gemeindevertreter beiwohnten, daß in der Frage des Erschließens der Mark für den Fremdenverkehr bereits eine lebhafte Werbetätigkeit unter erheblichen Kosten eingesetzt habe. Die Ergebnisse seien aber in keiner Weise zufriedenstellend. Viele Vertreter der Mark hätten die Bestrebungen der Zentralstelle glatt abgelehnt und sich mit Erklärungen wie „Wir brauchen keine Berliner" oder „Für das Vergnügen der Großstädter sind wir nicht da" jeder Erleichterung und Ausbreitung des märkischen Reiseverkehrs geradezu widersetzt. Man wählte schließlich eine Kommission von Vertretern der größeren märkischen Gemeinden mit der Aufgabe, einen Gemeindeverband zur Hebung des Fremdenverkehrs in der Mark zu organisieren.

Wenn die genannte Zentralstelle und der geplante Gemeindeverband darauf hinarbeiten, das alte Vorurteil vieler Landgemeinden in der Mark gegen die Berliner Ausflügler zu beseitigen und verschlossene Naturgebiete dem erholungsbedürftigen Volke zu erschließen, so dürfte dagegen nichts einzuwenden sein.

Arbeit für die Kriegerfrauen.

Eine Tätigkeit, die nicht vernachlässigt werden darf von unseren Organisationen, ist die Arbeit für die Kriegerfrauen. Wir sind diese Arbeit unseren im Felde stehenden Genossen schuldig, wir sind sie den Kriegerfrauen schuldig und wir sind sie schuldig unserer Bewegung und dem ganzen Volksleben; denn die Früchte dieser Arbeiten werden sich später zeigen.

In Oberschöneweide bei Berlin, einem Industrieort, der bei 26 000 Einwohnern 3500 unterstützungsberechtigte Kriegerfrauen zählt, waren bei den Funktionärinnen unserer Bewegung von den Kriegerfrauen vielfach Klagen erhoben worden. Teils zeigten sie, daß die Frauen über ihre Rechte sich nicht im Klaren waren, teils waren die Beschwerden vollauf berechtigt. Die Organisation beschloß daher eine öffentliche unpolitische Versammlung der Kriegerfrauen einzuberufen. Die Genehmigung wurde erteilt und ein Genosse, der in der Gemeindevertretung sitzt, übernahm das Referat. Die Kriegerfrauen wurden zur Versammlung eingeladen, indem am Tage der nächsten Auszahlungen der Kriegsunterstützungen Genossinnen vor den Auszahllokalen Handzettel verteilten. Am Abend war die Versammlung, zu der sich nicht weniger als 1500 Frauen eingefunden hatten. In der Versammlung wurden von den Kriegerfrauen viele Anfragen gestellt, die vom Referenten, der über „Rechte und Pflichten der Kriegerfrauen" gesprochen hatte, aufklärend beantwortet wurden. Einige Genossen, die sich bereit erklärt hatten, die Kriegerfrauen zu beraten, hatten später viel Zulauf und fertigten viele Anträge und sonstige Schriftstücke an.

Die Versammlung hatte bewiesen, daß die Arbeit unter den Kriegerfrauen eine sehr dankbare ist. Die Bezirksleitung der Organisation beschloß daher, weitere Schritte zu unternehmen. Zum nächsten Auszahlungstag der Kriegsunterstützungen bereitet sie eine Art Petition vor. Es wurden den Kriegerfrauen und zwar vor allen erst denen, deren Männer schon längere Zeit im Felde stehen, von den Genossinnen ein Schriftstück übergeben. Dasselbe hatte folgenden Inhalt:

Berlin-Oberschöneweide, den 2. Oktober 1915.

An den Kreisausschuß (Lieferungsverband) des Kreises Niederbarnim

Berlin NW. 40.

Gesuch um Erhöhung der Kriegsunterstützung.

Unterzeichnete bittet dringend um eine Erhöhung der Kriegsunterstützung oder um eine Beihilfe zur Anschaffung von Kohlen für den Winter, sowie der notwendigsten Kleidungsstücke und Schuhe für mich und meine .... Kinder im Alter von ..... Jahren.

Die lange Dauer des Krieges und die schon zur unerschwinglichen Höhe gestiegenen Preise sämtlicher Lebensmittel machen es mir ganz unmöglich, auch nur die allernotwendigsten Anschaffungen zu machen.

Dadurch bin ich mit meinen Kindern soweit abgerissen, daß auch durch Ausbessern die Kleidung nicht mehr zu gebrauchen ist. Ich muß daher befürchten, daß mit Einbruch des Winters infolge mangelhafter Kleidung und Beschuhung Krankheiten in meiner Familie entstehen. Ebenso unmöglich ist es, von der bisherigen Unterstützung noch Feuerung kaufen zu können, Rücklagen zu machen, war schon vor dem Kriege unserem Stande unmöglich. Kredit hat eine Kriegerfrau nicht.

Das Kriegsunterstützungsgesetz vom 28. Februar 1888 und vom 4. August 1914 sieht für die Wintermonate eine höhere Unterstützung vor, als für die Sommermonate. Die für die Sommermonate gezahlte Unterstützung reichte aber bei weitem nicht aus zum notwendigsten Lebensunterhalt.

Sollte mein vorstehendes Gesuch daher abgelehnt werden, so ist das Bestreben, den heimkehrenden Kriegern ein schuldenfreies Heim zu erhalten, durch die erdrückende Teuerung zunichte gemacht. Ich bitte aus den angeführten Gründen dringend um Berücksichtigung meines Gesuches.

Hochachtend

.....

Berlin-Oberschöneweide

..... Straße Nr. ..

Tausend solcher Schriftstücke wurden in adressierten Umschlägen den Kriegerfrauen überreicht, damit sie dieselben ausfüllen, unterschreiben und frankiert an den Kreisausschuß einsenden. Die Schriftstücke wurden von den Kriegerfrauen gerne genommen und versprochen, sie entsprechend zu verwenden. Ja, es machte sich einige Erregung bemerkbar, daß nicht für alle Frauen solche Schreiben vorhanden waren.

Diese Mitteilungen sind gemacht, damit sie Nacheiferung in zweck- und sinnentsprechender Weise finden. Der Schrei der Kriegerfrauen, deren Not immer größer wird, muß laut und kräftig erschallen im ganzen Reiche, damit er gehört werde. Höchste Zeit ist es.

Hoffentlich wird dem im Reichstag einmütig ausgesprochenen Wunsche, eine Erhöhung der Kriegsunterstützung eintreten zu lassen, baldigst entsprochen.

Mindestlöhne für Heereslieferungen.

Von den Kriegsbekleidungsämtern des Garde- und des III. Armeekorps ist für den Bereich der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg in Abänderung der bisher geforderten Mindestlöhne für das Nähen von Helmbezügen neuer Art nachstehender Lohntarif festgelegt worden. Dieser Tarif gilt für alle seit dem 1. Oktober 1915 erteilten Aufträge, ohne Rücksicht darauf, wer den Auftrag erteilt hat; gleichzeitig werden die Mindestlöhne für das Nähen von Halsbinden, Armbinden und Salzbeuteln in Erinnerung gebracht. Der neue Tarif sieht folgende Löhne vor:

Nählohn für	alter Art	neuer Art
1 Halsbinde		15 Pf.
1 Helmbezug für Infanterie oder Artillerie	16½ Pf.	28 „
1 Tschapkabezug	22 „	30 „
1 Tschakobezug	18 „	18 „
1 Kürassier-Helmbezug	20 „	30 „
1 Husaren-Mützenbezug	13 „	18 „
1 Armbinde, weiße		2 „
1 Armbinde, weiße, mit rotem Kreuz		3 „
Salzbeutel		2 „
Aufnähen der Buchstaben und Nummern bei den Helmbezügen für das Stück		1½ „

Diese Löhne sind reine Nählöhne, Zuschneiden und sonstige Vorarbeiten sind nicht einbegriffen. Der Arbeitgeber liefert alle Materialien, die zur Herstellung notwendig sind, mit Einschluß des Nähgarns, dem Arbeiter kostenlos. Die Firma verpflichtet sich, jederzeit die auf diese Angelegenheit bezüglichen Geschäftsbücher und Geschäftspapiere dem Amte zur Einsichtnahme vorzulegen.

Verstößt die Firma gegen eine der vorstehenden Bedingungen, so kann ihr der Auftrag ohne jede Entschädigung entzogen werden.

Die Zusatzbrotkarte.

Aus dem Rathause wird berichtet:

„Der Berliner Magistrat veröffentlicht heute seine Verordnung über Zusatzbrotkarten. Wie der § 2 der Verordnung ergibt, ist es jetzt nicht mehr allein die Beschäftigung in schwerer Arbeit, welche die Voraussetzung für die Erlangung einer Zusatzbrotkarte bildet, sondern maßgebend sind die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und beruflichen Verhältnisse des Einzelnen oder der Familie. Der Rahmen ist hierdurch so weit gefaßt, daß alle wirklich brotbedürftigen Teile der Bevölkerung mit Zusatzbrotkarten bedacht werden können. Für die Beurteilung insbesondere der wirtschaftlichen Lage der Antragsteller wird die Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse auf Grund der Reichsversicherungsordnung einen sehr brauchbaren Maßstab abgeben. Desgleichen wird bei Jugendlichen im Alter von 9—21 Jahren infolge der durch das Wachstum bedingten körperlichen Verhältnisse meist ein besonderes Brotbedürfnis angenommen werden können. Naturgemäß kann aber nicht an alle diese Personen eine Zusatzbrotkarte gewährt werden, zumal die Zahl der zur Verfügung stehenden Karten nicht ausreichen würde; es muß vielmehr stets in Rücksicht gezogen werden, wie groß der Gesamtbedarf der Familie anzusetzen ist.

Es ist Sache der Haushaltungsvorstände, sofern sie einen Antrag stellen wollen, die den Hausbesitzern oder deren Stellvertretern in diesen Tagen zugehenden Antragformulare möglichst umgehend bei diesen abzuholen, sie auszufüllen und an die Hausbesitzer sofort zurückzugeben."

Wir wollen hoffen, daß es jetzt leichter sein wird, eine Zusatzbrotkarte zu erhalten als bisher. Es muß einmal öffentlich gesagt werden, daß die bisherigen Praktiken der Brotkommissionen bei Verabfolgung von Zusatzkarten schon mehr zu einer Plage und Quälerei der arbeitenden Bevölkerung geworden waren. Zeit versäumen und dann noch abgewiesen zu werden, wie das oft geschehen ist, hat das Vertrauen zur Brotkommission nicht gerade gehoben.

Geschäftsstatistik der Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin für die Woche vom 13. bis 19. September 1915.

Bei den 23 städtischen Geschäftsstellen sind 259 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 70, an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 7, bewilligt 221. Ausgeschieden aus der Unterstützung (überwiegend wegen Wiedereintritts in Arbeit oder Erwerb) sind 104 Personen. 245 männliche und 3158 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrage von 13 968 M., davon je 4 M. 3 047 Personen, je 5 M. 356 Personen.

Von der Stadt wurden an 509 Mitglieder von fünfzehn Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die selbst satzungsgemäß Unterstützung gewähren, Zuschläge im Gesamtbetrage von 1639,88 M. gezahlt. Hiervon trafen auf die freien Gewerkschaften 460 Mitglieder mit 1466,15 M. (und zwar Metallarbeiter 279,50 M., Holzarbeiter 212,85 M. usw.).

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von 21 634 bei ihr überhaupt bis 18. September 1915 eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungskommissionen ihr überwiesenen, teils von den Organisierten ihr eingereichten Gesuchen 15 226 genehmigt. Gegenüber der Vorwoche sind hinzugekommen fünf Personen. In der Berichtswoche sind 589 M. an 94 Personen gezahlt worden.

Aufgefundene Leichen.

Auf eine Liebestragödie läßt der Fund zweier Leichen im Landwehrkanal schließen. Sie ist aber noch ganz in Dunkel gehüllt. Auch die Personen sind noch nicht bekannt. Am Sonntag fand man im Kanal gegenüber dem Hause Königin-Augusta-Straße 22 die Leiche einer jungen Mannes, gestern am Halleschen Ufer vor dem Grundstück 23 die Leiche eines Mädchens, das kaum älter als 16 bis 18 Jahre gewesen sein wird. Merkwürdig war, daß beide Taschentücher von ganz derselben Art und mit demselben Zeichen bei sich hatten. Das Zeichen ist ein nicht ganz gewöhnliches Monogramm, das L. A. zu bedeuten scheint, aber auch A. L. heißen kann. Dieses Zeichen findet sich in der Leibwäsche des Mädchens. Noch deutlicher ergab auch sich ein Zusammenhang zwischen den beiden Leichenfunden aus einem Medaillon, das das Mädchen getragen hate. Es enthält ein Bildnis des jungen Mannes. Hiernach steht es außer Zweifel, daß das Paar gemeinsam ins Wasser gegangen ist. Die Leichen sind dann getrennt worden, und die des Mädchens ist noch weiter stromabwärts getrieben, als die des Mannes. Der junge Mann trug einen grünlichbraunen Ulster mit aufgesetzten Taschen, einen dunkelgrüngestreiften Jackettanzug, hellbraune Strümpfe und braune Schnürstiefel, das Mädchen ebenfalls einen grünbraunen Ulster, eine weißblaurot geblümte Bluse, einen braungrün gestreiften Rock, eine blauweiß gestreifte Reformunterhose, einen weißen Unterrock, schwarze Strümpfe und Schnürschuhe, einen schwarzen Filzhut

und eine rote Perlenkette mit einem Kreuz. Irgend welche Schriftstücke, die zur Feststellung der Persönlichkeiten dienen könnten, wurden bei den Leichen nicht gefunden. Die Unbekannten, die ganz unbemerkt zur Nachtzeit in den Kanal gesprungen sein müssen, sind hier in Berlin nicht als vermißt angezeigt. Sie sind also wohl von außerhalb gekommen, um sich hier das Leben zu nehmen.

Am 1. Oktober 1915 wurde an der Weidendammer Brücke die Leiche eines etwa 25 Jahre alten, anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden Frauensperson aus der Spree gelandet. Die Leiche ist zirka 1,68 Meter groß, schlank und hat dunkelblondes Haar. Sie trägt weiße Bluse mit schwarzer Schleife, weiße Untertaille, bräunlichen Kleiderrock, graues Korsett, schwarze lange Strümpfe, schwarzes, auf den Knien gestopftes Beinkleid und schwarze Halbschuhe, sowie weißen Unterrock. Die Leiche hat längere Zeit im Wasser gelegen. Die Persönlichkeit konnte bisher nicht festgestellt werden. Aufklärende Nachrichten nimmt jedes Polizeirevier sowie die Kriminalpolizei zu Nr. 2395, IV. 55. 15. entgegen.

Raubanfall auf einen Briefträger.

In dem Hause Eckertstraße 7 wurde gestern nachmittag auf den 44 Jahre alten Postaushelfer Bock vom Postamt 34 ein Raubanfall verübt. Als der Beamte im Quergebäude des Hauses die Treppe herunterkam, stürzte sich auf ihn ein unbekannter Mann, drückte ihm die Kehle zu und versetzte ihm mehrere wuchtige Hiebe über den Kopf, daß er besinnungslos zusammenbrach; Hausbewohner fanden den Mann daliegen und riefen ihn ins Bewußtsein zurück. Man fand nun seine Tasche auf der Treppe liegen. Sie war aller Briefe beraubt, diese lagen aufgerissen neben der Tasche. Ob der Räuber, der es jedenfalls auf Geld abgesehen hatte, etwas erbeutet hat, ließ sich noch nicht feststellen, weil man nicht weiß, was die Briefe enthielten. Der Ueberfallene mußte sich in ärztliche Behandlung begeben, konnte dann aber seine Wohnung aufsuchen. Das Polizeirevier 65, dem der Ueberfall gemeldet wurde, entsandte sofort mehrere Beamte, um die Verfolgung des Räubers aufzunehmen. Die Ermittelungen hatten bis gestern spät abends noch keinen Erfolg. Der Räuber ist etwa 30 Jahre alt, mittelgroß und kräftig gebaut, hat ein bartloses Gesicht und trug einen braunen Schlapphut und einen dunkelbraunen Jackettanzug.

Michel. Eine Fabel in drei Akten von Paula Busch nennt sich eine Pantomime, die dieser Tage im Zirkus Busch ihre erste Aufführung erlebte. Wie es in der Kriegszeit nicht anders sein kann, ist das Motiv den Ereignissen der Zeit entnommen. Der brave deutsche Michel, der mit seinen Kindern (den deutschen Bundesstaaten) friedlich seinem Gewerbe nachgeht, wird von einer Gauklertruppe (dem Vierverband und seinen Freunden) beneidet und nach besten Kräften ausgeplündert. Um den biederen Michel ganz zu vernichten, läßt der Direktor der Truppe (England) das Hungergespenst auf Michels Besitztum los. Germania, die den Michel zum Ritter geschlagen hat und ihm das Schert reicht, ringt das Hungergespenst nieder. Germania segnet die Fluren, reiche Ernte entsprießt den Feldern. Die neidische Gauklertruppe glaubt weiter den Riesen Michel narren zu können, treibt mit ihm allerhand Possen, reißt aber zum Schluß entsetzt aus, als an Stelle des harmlosen Michel ein riesiger Feldgrauer sich drohend vor ihr erhebt. Die recht dürftig zusammengeflickte Handlung ist durch farbenprächtige Kostüme und mehrere reizende Balletts aufgeputzt, so daß das Ganze den Beifall des zahlreichen Publikums fand. Noch lebhafter freilich und verdienter war der Beifall, der den zirzensischen Darbietungen gezollt wurde, die den ersten Teil des reichhaltigen Programms ausfüllten.

Das neue Heim des „Bundes für Mutterschutz". Das Mütter- und Kinderheim des „Bundes für Mutterschutz", das sich bisher Wilmersdorf, Sigmaringer Str. 25, befand, ist nunmehr in neue vergrößerte Räumlichkeiten nach Wilmersdorf, Uhlandstraße 143 I, Ecke Düsseldorfer Straße, verlegt worden. Telephonanschluß: Amt Pfalzburg 2358. Es nimmt auch während des Krieges hilfsbedürftige werdende Mütter sowie Mütter mit ihrem Kinde auf. In der Auskunftsstelle wird täglich von 9—1 Uhr, Dienstag und Freitag auch von 7—9 Uhr abends, unentgeltlich Rat und Auskunft über Unterkunft, ärztlichen Beistand, Rechtsschutz, Vermittlung von Pflegestellen, Arbeitsnachweis usw. erteilt.

Mütter, welche die Hilfe des Bundes nachsuchen, werden gegebenenfalls in die Kriegsversicherung eingekauft.

Kleine Nachrichten. Erdrosselt worden ist ein neugeborener Knabe, dessen Leiche gestern abend ein Kutscher auf dem Grundstück Hallesches Ufer 34 unter der Ueberführung der Anhalter Eisenbahn fand. Die kleine Leiche war in Papier eingewickelt und wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. — Im Dienste vom Tode überrascht wurde gestern nachmittag der Eisenbahn-Unteroffizier Hugo Keller aus der Wilhelmshöher Str. 11 zu Berlin-Friedenau, ein älterer Mann, der aus dem Eisenbahndienste schon ausgeschieden, während des Krieges aber wieder eingetreten war. Keller war auf dem Lehrter Güterbahnhof beschäftigt, brach dort auf dem Bahnsteig plötzlich zusammen und starb auf der Stelle am Herzschlag. — Vor einiger Zeit verübte die 24jährige Klara Schmitz, die Tochter eines Potsdamer Schutzmannes, ein Säureattentat im Neuen Garten gegen ihren Bräutigam, mit dem sie sich entzweit hatte. Durch diese übereilte Tat wurde der Bräutigam, der in einem Potsdamer Lazarett tätig war, so erheblich verletzt, daß er auf einem Auge die Sehkraft völlig verlor und das andere Auge ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Infolgedessen hatte die Sch. ein gerichtliches Verfahren zu gewärtigen. Seit diesem Angriff auf den Bräutigam verschwand sie. Ihr Verschwinden fand gestern eine traurige Aufklärung. Aus dem Heiligensee wurde ihre Leiche gelandet und damit erfuhren die bezüglich ihrer Unauffindbarkeit gehegten Befürchtungen ihre Bestätigung. Die Sch. hatte den Verzweiflungsschritt unternommen, um sich den weiteren Folgen ihrer Tat zu entziehen.

Aus den Gemeinden.

Herabsetzung des Mietsnachlasses in Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung am Montag erklärte zunächst die Wahl des Genossen Dr. Chajes für gültig. Sodann erfolgte die Ersatzwahl zum Zweckverband für den verstorbenen Stadtrat Harder. Gewählt wurde Bürgermeister Blankenstein mit 40 Stimmen gegen 10 Stimmen, die Genosse Bernstein erhielt. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit dem vom Magistrat zurückgestellten Antrage auf Schaffung eines einheitlichen Groß-Berlin. Genosse Bernstein ersuchte den Magistrat um eine bestimmte Auskunft über die Verschmelzungsbestrebungen.

Oberbürgermeister Dominicus erklärte, daß der Magistrat und auch viele andere Vorortgemeinden den sehnlichsten Wunsch hätten, ein einheitliches Groß-Berlin zu schaffen. Während der Kriegszeit müßte dieser Gedanke jedoch einstweilen zurückgestellt werden, da die Kriegswohlfahrtspflege die ganzen Kräfte der wenigen Magistratsmitglieder in Anspruch nähme. — Genosse Küter berichtete, daß die Kurdauer der Kinder in Boldixum, die bisher vier Wochen währte, auf sechs bezw. neun Wochen ausgedehnt werden soll. — Für die Abgabe unentgeltlicher Lernmittel soll festgestellt werden, wieviel bisher auf Antrag geliefert wurden und die Anzahl der Kinder, deren Vater im Kriege gefallen ist. Ferner soll das Vorgehen von Stuttgart, das seit Jahren bereits sämtlichen Kindern die Lernmittel unentgeltlich verabfolgt, in Erwägung gezogen werden. — Die Vergebung städtischen Eigentums in Erbbaupacht wurde bis nach dem Kriege zurückgestellt.

Infolge der langen Dauer des Krieges hat sich herausgestellt, daß der Mietsnachlaß der Hausbesitzer mit 25 Proz. als eine außerordentlich starke Belastung erscheint, so daß Schwierigkeiten entstehen können. Um dem vorzubeugen, soll der Mietszuschuß nur dann gewährt werden, wenn Mieter und Vermieter sich auf 15 Prozent Mietsnachlaß geeinigt haben. Die Versammlung stimmte dem ohne Debatte zu. Diejenigen Mieter, die einen geringeren Mietszuschuß als 50 Proz. erhalten, tun gut, sofort einen Antrag auf Erhöhung des Mietszuschusses zu stellen.

Wie in anderen Gemeinden ist auch in Schöneberg die Einrichtung getroffen, allen auf Urlaub befindlichen Kriegsteilnehmern, während der Dauer des Urlaubes 1 M. pro Tag als besonderen Zuschuß zu gewähren. Dieser Antrag ist in der Fürsorgestelle der Stadt in der Belziger Straße 12/13 zu stellen.

Krieg und Volksgesundheit.

Daß der Krieg mit seinen Aufregungen und mit der Teuerung der Lebensmittel die Gesundheitsverhältnisse nicht gerade günstig beeinflußt, dürfte auch dem Laien ohne weiteres verständlich sein. Material zur Beurteilung der Verhältnisse liefern uns die Berichte der Stadtärzte und besonders der Schulärzte aus den einzelnen Gemeinden. Sonderbarerweise kommen die Charlottenburger Stadtärzte in ihren Berichten zu dem Ergebnis, daß die Gesundheitsverhältnisse in dem verflossenen Berichtsjahre trotz der gewaltigen Umwälzungen, die der Krieg in der Lebensweise des Einzelnen wie der Gesamtbevölkerung mit sich gebracht hat, und trotz der Zunahme der Behandlungsziffer nicht ungünstig gewesen sind. Dies Urteil kann auf den ersten Blick überraschen; will man es jedoch richtig würdigen, so muß man in Betracht ziehen, daß der Bericht nur die Zeit bis zum 31. März, also nur die ersten acht Kriegsmonate umfaßt und daß er zu einer Zeit abgeschlossen ist, wo die Preise der Nahrungsmittel nicht in dem Grade in die Höhe gegangen waren, wie einige Monate später. Immerhin kann man aber auch hier so manches zwischen den Zeilen lesen, was zu Bedenken Anlaß gibt. So heben eine große Anzahl von Stadtärzten übereinstimmend die Beobachtung hervor, daß bei den Frauen von Kriegsteilnehmern, namentlich in den letzten Monaten des Berichtsjahres, Zeichen von Nervosität, Blutarmut, Schlaflosigkeit sich häufiger gezeigt haben. Was die veränderte Ernährung betrifft, so wird ausdrücklich betont, daß die Backwaren zwar vielleicht im Anfang gelegentlich Magen- und Darmbeschwerden hervorriefen, daß aber eine sehr rasche Gewöhnung eintrat, die dann Anlaß zu Klagen nicht mehr gab. Im übrigen sind nach den Berichten die hygienischen Lebensbedingungen und die gesundheitlichen Zustände auch während des Krieges durchaus günstig gewesen. Der Grund hierfür liegt nach Ansicht der Stadtärzte in dem an sich schon zu Beginn des Jahres vorhandenen guten Gesundheitszustande, in den günstigen Arbeitsverhältnissen, die auch körperlich schwächeren Personen Gelegenheit zu Arbeitsverdienst geben und in der „ausreichenden" Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer. Ob das tatsächlich zutrifft, möchten wir bezweifeln, denn die Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer ist gerade in Charlottenburg keineswegs ausreichend; abgesehen von der Mietsbeihilfe erhielten hier Frauen ohne Angehörige für ihren Lebensunterhalt insgesamt 24 M. monatlich, für das erste und zweite Kind wurden je 8, für jedes weitere je 6 M. bezahlt. In Wirklichkeit werden die Frauen wohl ihre geringen Ersparnisse aufgezehrt haben. Ein richtiges Bild wird man sich erst dann machen können, wenn die Ergebnisse eines vollen Kriegsjahres vor uns liegen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Rosenthal. Donnerstag, abends 6 Uhr, im großen Sitzungssaale des neuen Verwaltungsgebäudes, Hauptstr. 94.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Soziales.

Gegen den Zwang zum Lebensmittelwucher.

Macht sich ein Milchhändler eines „unlauteren Wettbewerbs" schuldig, der es ablehnt, den Milchpreis zu erhöhen und das Publikum von den Preistreibereien von Produzenten und Händlern in Kenntnis setzt? Man sollte es nicht für möglich halten, daß solche Frage überhaupt gestellt werden kann. Und doch ist die Verurteilung eines Milchhändlers, der in der erwähnten anständigen Weise vorgegangen ist, jetzt erst vom Oberlandesgericht in Dresden aufgehoben.

Die vor 6 Jahren von Milchproduzenten gegründete „Dresdener Milchversorgungsanstalt", die in verschiedenen Teilen der Stadt offene Verkaufsläden eingerichtet hat, trat an den „Verein Vereinigte Milchhändler von Dresden Stadt und Land" mit dem Ersuchen heran, gemeinschaftlich mit dem Produzentenverein eine Erhöhung des Milchpreises vorzunehmen. Der Milchhändler lehnte aber ab, weil er stichhaltige Gründe für eine Milchverteuerung nicht einzusehen vermochte. Er wies dann die Oeffentlichkeit auf das geplante Vorgehen des Produzentenvereins, worauf die Milchversorgungsanstalt den Milchhändlerverein wegen unlauteren Wettbewerbs und übler Nachrede verklagte. Das Landgericht Dresden verbot dem Milchhändlerverein die weitere Verbreitung seiner Behauptungen. Das Oberlandesgericht hob jetzt dieses Urteil auf und führte folgendes aus: „Daß der Produzentenverein schon seit längerer Zeit bestrebt ist, höhere Preise für die von seinen Mitgliedern erzeugte Milch zu erreichen, zeigt der Inhalt des Werbeschreibens, in dem die noch nicht zu dem Verein gehörenden Landwirte zum Beitritt aufgefordert werden. Dieser Zweck, dem auch die Gründung der Klägerin, der Dresdner Milchversorgungsanstalt, dienen sollte, hat, wie sich aus Briefen ergibt, zunächst mit dem Beklagten, dem „Verein Vereinigte Milchhändler von Dresden Stadt und Land", zusammen erreicht werden sollen, so daß der Nachteil der Preiserhöhung nur von den Verbrauchern zu tragen gewesen wäre. Der Beklagte lehnte schon in einer Versammlung seiner Mitglieder dieses Ansinnen ab, weil die dafür angegebenen Gründe (Futtermangel usw.) nicht stichhaltig seien. Der Produzentenverein verharrte aber nach dem Briefe seines Vorsitzenden, in dem die ablehnende Haltung des Beklagten als „kurzes und schnödes" Vorgehen bezeichnet wird, und nach dem weiteren Inhalt des Flugblattes auf seinem Standpunkte, daß die Produzenten alles mögliche aufbieten müßten, höhere Preise zu erreichen, und daß sich als geeignetes Mittel hierzu die Einschränkung der Milcherzeugung darstelle. Nach allen diesen Vorgängen mußte der Beklagte auf einen erbitterten Kampf nicht nur seitens des Produzentenvereins, sondern auch seitens der zur siegreichen Durchführung dieses Kampfes gegründeten Klägerin, der Dresdner Milchversorgungsanstalt, gefaßt sein, und es ist ihm daher nicht zu verdenken, daß er sich dagegen vorsorglich wehrte und sich mit seinen Abwehrmaßregeln auch an die milchverbrauchende Bevölkerung Dresdens wandte."

Gerichtszeitung.

Ungültigkeit von Verordnungen.

Das Reichsgericht hat am Montag abermals eine Verordnung für ungültig erklärt, die als eine auf Grund des Belagerungsgesetzes ergangene erachtet war.

Das Landgericht Aurich hatte eine Frau zu 4 Tagen Gefängnis verurteilt, weil diese entgegen einer Verordnung des Militärpolizeimeisters auf dem Wochenmarkt zum Wiederverkauf eingekauft hatte. Gegen das Urteil hatte die Angeklagte Revision eingelegt. Sie bestritt die Rechtsgültigkeit jener Verordnung. Denn der Festungskommandant sei nicht befugt gewesen, die ihm auf Grund des Belagerungsgesetzes zustehende Gewalt auf eine ihm unterstellte Behörde zu übertragen. Er dürfe höchstens verfügen, daß eine von ihm erlassene Verordnung von einem ihm unterstellten Organ ordnungsgemäß bekanntgegeben werde. Der Reichsanwalt hielt die Revision für begründet und beantragte deshalb, das Urteil aufzuheben und die Sache an die Vorinstanz zurückzuverweisen, oder eventuell die Angeklagte sofort freizusprechen. Das Reichsgericht schloß sich diesem Eventualantrag an. Indem es die erlassene Verordnung für rechtsungültig ansah, hob es das Urteil auf und sprach die Angeklagte frei.

In einem anderen Fall, in dem der Kommandierende General des 10. Armeekorps die Polizeistunde auf 12 Uhr festgesetzt, in dem aber dann für eine Gemeinde der Schluß auf 11 Uhr festgesetzt war, hob das Reichsgericht das Urteil auf und wies die Sache in die Vorinstanz zurück, weil unklar war, wer die Polizeistunde auf 11 Uhr festgesetzt hatte.

Haftung der Stadt für Verkehrssicherheit.

Die Stadtgemeinde Berlin ist vom Reichsgericht am 4. Oktober zum Schadenersatz wegen eines Unfalls verurteilt, wiewohl sie die Straßenarbeiten, die nicht sachgemäß vorgenommen waren, einer zuverlässigen Firma übertragen hatte.

Ein Bankdirektor ist am Abend des 13. März 1911 mit einer Kraftdroschke vom Görlitzer Bahnhof aus durch die Gitschiner Straße in Berlin gefahren. Vor dem Hause Nr. 88 dieser Straße wurde eine Gasleitungsarbeit vorgenommen. Zu diesem Zwecke war der Asphalt und der darunter liegende Beton aufgebrochen worden. Bei Beginn der Dunkelheit hatten die Arbeiter die Aufbruchsstelle einstweilen mit den Betonstücken wieder aufgefüllt und diese nur oberflächlich festgestampft. Auf dieser Stelle hat sich die Kraftdroschke überschlagen, wobei der Fahrgast erhebliche Verletzungen erlitt. Er nahm nunmehr die Stadtgemeinde Berlin auf Schadenersatz in Anspruch, weil es fahrlässig gewesen sei, die verkehrsgefährliche Unfallstelle ohne weitere Sicherungsmaßregeln (Absperrung oder besondere Beleuchtung) zu lassen. Die Stadt bestritt demgegenüber eine Fahrlässigkeit und berief sich darauf, daß sie die fraglichen Arbeiten der tüchtigen und zuverlässigen Tiefbaufirma R. übertragen und dieser im Vertrage die Herstellung der nötigen Sicherheitsvorkehrungen zur Pflicht gemacht habe. Nach Beweisaufnahme ist die Stadtgemeinde in allen Instanzen verurteilt. Das Reichsgericht sagt in den Gründen: Die Stadt hat unter allen Umständen die Aufgabe der Sorge für die Verkehrssicherheit auf den öffentlichen Straßen. Sie hätte der Unternehmerfirma die nötigen Anweisungen erteilen und die Ausführung der Anweisungen überwachen lassen müssen.

Ein Milchpauscher vor Gericht.

Die schon mehrfach erwähnte Methode der Milchgroßhändler, gute Vollmilch durch Zusatz von Magermilch zu „strecken", lag wieder einmal einer Anklage wegen wissentlicher Nahrungsmittelverfälschung zugrunde, welche gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Wilke beschäftigte. Angeklagt war der 60jährige Milchhändler Friedrich Germes. — Auf Veranlassung eines Milchkleinhändlers, der sich über die wiederholte Lieferung von verdünnter Vollmilch geärgert hatte, war bekanntlich auf den Bahnhöfen, insbesondere auf dem Nordbahnhof eine aus verkleideten Kriminalbeamten bestehende Kontrolle eingerichtet worden, die, wie gemeldet, eine große Anzahl Milchhändler dabei abfaßte, wie sie gute Vollmilch durch Zufüllen von Magermilch verpanschten. Zu diesen „Panschern" gehörte auch der jetzige Angeklagte, der dafür vom Schöffengericht zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Außerdem ordnete das Gericht die Veröffentlichung des Urteils in drei Berliner Zeitungen an. In der Berufungsinstanz bestätigte das Gericht das erste Urteil unter Fortfall der angeordneten Veröffentlichung.

Verfütterung von Brotgetreide.

Wegen Verfütterung von mahlfähigem Getreide an sein Rindvieh ist der Gutsbesitzer Theodor Nissen vom Landgericht in Flensburg zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Seine Revision wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

Aus aller Welt.

Die Sturmkatastrophe bei New Orleans. „Daily News" meldet aus New York: Nach den letzten Nachrichten aus New Orleans war der Orkan, der den Golf von Mexiko, Louisiana und Mississippi heimsuchte, viel schlimmer als die ersten Nachrichten besagten. Die Zahl der Getöteten wird auf 500 geschätzt. 350 kleinere Schiffe gingen unter, viel größere wurden von ihren Ankerplätzen losgerissen und beschädigt.

Straßenbahnunglück bei Aachen. Am Sonntagabend stürzte, vermutlich durch zu schnelles Fahren, in der Kurve bei Elgermühle ein vollbesetzter Motorwagen und ein Anhängewagen der Aachener Kleinbahn um. 26 Personen wurden verletzt, teilweise schwer.

Tödlicher Fliegerunfall. Bei einem Probeflug von Hannover nach Brunsbüttel stürzte der Flieger Graf Königsmark in der Nähe von Bergedorf ab und verstarb an den Folgen seiner Verletzungen. Graf Königsmark war auch ein bekannter Sportsmann und als erfolgreicher Herrenreiter auf allen größeren deutschen Rennplätzen oft zu sehen gewesen.

Fünfmal zum Tode verurteilt. Vor dem Kriegszustandsgericht in Allenstein hatte sich am Dienstag der 20 Jahre alte Knecht Gustav Sowa aus Deutsch-Eylau zu verantworten, der beschuldigt war, in der Nacht vom 21. zum 22. August in Deutsch-Eylau die Abdecker- und Händlersfrau Schmelzer und deren drei Kinder sowie die Schwester der Frau, Fräulein Auguste Grosse, ermordet zu haben. Der Angeklagte, der bereits wegen Eigentumvergehens vorbestraft ist, wurde von dem Gericht wegen fünffachen Mordes fünfmal zum Tode und dauerndem Ehrverlust verurteilt. Gegen das Urteil gibt es kein Rechtsmittel.

Frauen-Leseabende.

Alt-Glienicke und Falkenberg. Da der letzte Leseabend umständehalber nicht abgehalten werden konnte, findet am Donnerstag, 7. Oktober, im Lokale von Bahr, Köpenicker Straße 45, ein Frauenabend mit Vortrag statt.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmittag. Im östlichen Küstengebiete größtenteils bewölkt und öfter leichte Regenfälle mit etwas Abkühlung. In den anderen Gegenden zeitweise nebelig, sonst vielfach heiter und in den Tagesstunden ziemlich mild.

Briefkasten der Redaktion.

E. 11. Der Antrag ist an das Ersatzbataillon des Regiments, von dem der Kriegsgefangene eingezogen wurde, zu richten. Die Zahlung erfolgt vom Tage der Stellung des Antrages ab. — **A. K. 200.** Da Ihre Söhne aktiv dienen, haben Sie keinen Anspruch auf Unterstützung. — **E. P. 49.** Sie müssen sich an die für den Töpferbetrieb zuständige

Krankenkasse wenden. Diese ist zur Zahlung des Krankengeldes, des Arztes und der Arznei verpflichtet. Die Kasse setzt sich dann mit dem Meister auseinander. — **E. P. 1111.** 1. Sie könnten Ehescheidungsklage wegen böswilligen Verlassens einreichen. 2. Das kommt auf die Höhe des Klageobjektes an. 3. und 4. Erledigt sich durch die vorstehenden Antworten. — **E. P. 25.** Die Gebühr beträgt etwa 4,50 M. — **A. Z. 121.** Wenn die Krankenversicherung nach der Einberufung des Ehemannes fortgesetzt wurde, hat die Frau Anspruch auf Sterbegeld. — **P. M. 28.** Kommen Sie bitte persönlich in unsere Sprechstunde. — **M. 145.** An das Ersatzbataillon des Regiments, von dem Ihr Mann eingezogen wurde. — **107. F. B.** Das liegt in der Kommandogewalt des Kaisers. — **R. 65.** Altersrente wird erst vom 70. Lebensjahre ab gezahlt. — **F. W. 112.** 1. Den Eltern wird in diesem Falle sicher Unterstützung gewährt werden. 2. Nach Ihrer Einberufung müssen Sie den Unterstützungsschein an die Eltern einsenden; die Eltern müssen dann unter Vorlegung dieses Scheins auf der Steuerkasse Antrag auf Unterstützung stellen. 3. Das wissen wir nicht, das entscheidet die Militärbehörde. — **W. Z. W. 90.** Nein. — **Erika 27.** 1. Sie gehen Ihres Rechtes auf Aufnahme in eine Heilstätte nicht verlustig, da wir nach Ihrer Darstellung doch annehmen müssen, daß die Landesversicherungsanstalt ein Heilverfahren für Sie einleiten will. Wenn Sie, nachdem Sie gesund geschrieben sind, die Arbeit nicht wieder aufnehmen, wäre sehr zu empfehlen, durch Selbstversicherung sich die Rechte bei der Krankenkasse zu wahren, da Sie noch nicht mit Bestimmtheit wissen, ob die Landesversicherungsanstalt Ihrem Antrag auf Einleitung eines Heilverfahrens stattgibt. 2. Die höhere Löhnung muß Ihrem Mann vom 1. September ab nachgezahlt werden. — **K. R.** 1. Wenn kein Testament vorhanden ist, erbt die Frau ein Viertel und das Kind drei Viertel. 2. Nein. 3. Die Mutter des Kindes bestimmt zunächst über die Vormundschaft. 4. Der Erbanspruch für das Kind wird durch das Nachlaßgericht festgestellt.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7½ Uhr: **Judith.**
Donnerstag: Kollege Crampton.

Kammerspiele.
8 Uhr: **Gawân.**
Donnerstag: **Der Weibsteufel**

Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
8¼ Uhr: **Die Räuber.**
Donnerstag: **Die Räuber.**

URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (Halbe Preise):
An den Grenzen von Südtirol und Italien.
8 Uhr:
Professor Dr. E. Deckert:
Das Weltreich der Briten.

Theater für Mittwoch, den 6. Oktober.

Berliner Theater
8 Uhr: **Extrablätter.**

Deutsches Künstler-Theater.
8 Uhr: **Zwischenspiel.**

Lessing-Theater.
8 Uhr: **Don Juan.**

Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: **Die Fledermaus.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8¼ U.: **Der Vogelhändler.**

Gebr. **Herrnfeld**-Theater
8 Uhr: **Benjamin macht alles.**

Kleines Theater.
8¼ U.: **Ein kostbares Leben.**

Komische Oper.
8 Uhr: **Jung muß man sein.**
Sonnt. 3½: Gold gab ich für Eisen.

Komödienhaus
8 Uhr: **Die Frau von 40 Jahren.**

Lustspielhaus.
8¼ U.: **Herrschaftl. Diener gesucht**

Montis Operetten-Theater
Gastspiel Louis Treumann.
8 Uhr: **Hoheit tanzt Walzer**

Residenz-Theater
8 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.
Sonnt. 3¼ U.: Die Schöne vom Strand.

Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Der Raub der Sabinerinnen.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Jugend.**

Thalia-Theater.
8 Uhr: **Drei Paar Schuhe.**

Theater am Nollendorfpl.
8¼ Uhr: **Immer feste druff!**
Sonnt. 3½ Uhr: Die Dollarprinzessin.

Theater des Westens
8 Uhr: **Der künstliche Mensch.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Gläubiger.** Vorher: **Eine Abrechnung.**

Trianon-Theater.
8¼ Uhr: **Lehmanns Kinder**

Rose-Theater.
8 Uhr: **Die Kriegsbraut.**
Sonnabend 4 Uhr: Dornröschen.
Sonnt. 3 U.: Die Tochter d. Gefangenen

Walhalla-Theater.
Nachm. 4 Uhr: Hänsel u. Gretel.
8 Uhr: **Aus der Jugendzeit.**

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Untergrundbahnh. Schönhauser Tor.
Die neue Berliner Volksposse
Familie Schnase.
Urberlin. Handlung. Urberlin. Figuren.
Vorher der erstkl. Spezialitäten-Teil.
Sonnt. 4 Uhr: **Der liebe Fridolin.**

WINTERGARTEN
Guido Thielscher:
„Wie repariere ich mein Auto".
„Venus im Grünen"
Operette von Oskar Straus.
Mitwirkende:
Else Berna — Ida Russka
Gustav Matzner - Julius Spielmann.
Käte Erholz-Nelson
Am Klavier: Rudolph Nelson
sowie das
große
Eröffnungs-Programm.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger. Anf. 8 U.
Zum **246.** Male:
Im Schützengraben

Militärisch. Zeitbild von Wenzel.
Militärpersonen u. deren Angehörigen vollkommen freier Zutritt zu d. Stett. Sängern.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Mittwoch, den 6. Oktober:
„Ewige Liebe."
Schausp. i. 3 Aufzüg. v. Herm. Faber.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Circus BUSCH
Heute Mittwoch
3½ der Schulferien wegen **einmalige** 3½
Gr. Glanz-Vorstellung
bei kleinen Kriegspreisen
und außerdem hat **jeder Erwachsene 1 Kind frei**
mit sämtlichen
Schlager-Nummern.
8 Uhr: **Michel** 8 Uhr:
Fabel in 3 Akten v. **Paula Busch.**
Vorher die übrigen Spezialitäten.
Vorverkauf ohne Aufschlag
ab 10 Uhr den ganzen Tag.

HENNY PORTEN
U.T

~~Theater Folies Caprice~~
8¾ *Possen-Theater* 8¾
Onkel Mendelsohn
Citrons geben sich die Ehre
mit **Leonhard Haskel**
und **Siegfried Berisch.**

Apollo THEATER
Friedrichstr. 218
Tel.: Lützow 7341
Nur noch
wenige Tage
die gesamten
Kunstkräfte
des erfolgreichen
Eröffnungs-Programms
Kleine Preise! Anf. 8 Uhr.
Billettverkauf 11—1 Uhr
und Invalidendank.

Palast
Theater am Zoo
Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3½ u. 8 Uhr.
4 Trümpfe 4
Luci Kieselhausen!
Robert Steidl!!
„Der Amerikaner"!!!
Otto Reutter!!!!
und das **neue** unübertreffl. Oktober-Programm.

Circus Krone
vormals Charles
trifft mit seinem **Riesenaufwand** an **Menschen** und **Tieren** am
Donnerstag, den 7. Oktober
gegen 7 Uhr morgens auf dem
Görlitzer Bahnhof
in Berlin ein.
Ausstellungsplatz
Berlin-Treptow
an der Wiener Brücke
218/20*

Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Berliner Konzerthaus.
Täglich: **Großes Konzert.**
Berliner Konzerthaus-Orchester Leiter: Komponist **Franz v. Blon.**
Anfang **8** Uhr. Eintritt **30** Pf. Anfang **8** Uhr.
An allen **Wochentagen**
Nachmittags-Konzert bei vollem Orchester und freiem Eintritt.

Auswahlen nach außerhalb gegen Anzahlung. Umtausch gestattet.
Sonntag **12–2** geöffnet.
Starke Figuren finden Passendes in allen Abteilungen.

Für sofort!

In kürzester Zeit 30 % teurer.

Plüschmäntel
In Sealplüsch, kurz u. lang — jetzt noch 68.—, 90.—, 130.— gegen später 96.—.
mit echtem Pelzbesatz 130.—, 185.—
Bester Seidenplüsch, Blusenform u. glatt, kurz u. lang — jetzt noch 56.—, 62.—, 85.— geg. später 80.—, 90.—, 115.—
Astrachan, Wollplüsch, Krimmer, best. Ersatz für Pelz — jetzt noch 33.—, 48.—, 69.— geg spät. 45.—, 70.—, 90.—
Lodenmäntel m Kapuze 15.—, spät. bis 22.—
Lodenpelerinen 10.—, spät. bis 14.—
Seiden-satagummi-Mäntel — nur noch klein. Vorrat 25.— 33.— (spät. bis 55)

Kostüme
Einzelne Modelle mit ganz kurzen Glockenjacken und sehr weiten Glockenröcken aus Kammgarn, Tuch, braun Samt
jetzt noch 50.—, 65.—, 89.—
gegen später bis 150.—.
Gelegene Kammgarn-Kostüme,

Pelzmäntel
Echt Sealbisam, Persianer, beste Felle, gediegenste Kürschnerarb., kurz u. lg. — jetzt noch 375.-, 625.- geg. später 520.-, 975.-
Echt Sealelectric mit echtem Fuchsbesatz — jetzt noch 175.— gegen später 270.—
Pelzgarnituren: Alaskafuchs, Nerz, Opossum, Steinmarder, Seal-electric — jetzt noch 30 % billiger.
Lodenkostüme 27.—, (später 36.—)
Modellröcke, schwarz 15.-, 25.- (spät. 30.-, 55.-)
Echte Gummimäntel, leicht, blau, grün, mode, entzückende Qualitäten — 20.-, 27.-, 36.-, später 30.-, 40.-, 55.-

Ulster
schwarz und farbig, beste Fabrikate
kürzere Form jetzt noch 11 bis 25 (später bis 35)
lange Form jetzt noch 15.—, 25.—, 39.— später 22½, 36.—, 52.—
Feine schwarze Frauenmäntel, Eskimo 27.—, 42.— später 40.—, 65.—
schwarz und blau, jetzt noch 22.—, 33.— später 35.—, 50.—

I. **Mohrenstr. 37a** (Kolonnaden) **Westmann** II. **Große Frankfurter Strasse 115** (nahe Andreasstr)

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30

Bodenleger!
Kommissions-Sitzung mit Vertrauensleuten
Donnerstag, den 7. Oktober 1915, abends 8 Uhr,
bei **Abendroth,** Adalbertstr. 61.

Die Kollegen der Firma **Chr. Becker Söhne** sind hiermit besonders eingeladen.
88/15 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde"
Ortsgruppe Berlin.
Freitag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:
Großer Unterhaltungs-Abend
Konzert der Musikalischen Abteilung unter Leitung des Dirigenten Herrn **Reinhold Vorpahl** □ **Lieder zur Laute.**
Geselliges Beisammensein.
Eintritt frei! **Eintritt frei!**
Willkommen sind alle Gäste, auch sogenannte **Nicht-Wilde.**
Rege Beteiligung der Mitglieder erwünscht.
2/9 **Der Vorstand.**

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder,** an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund.**

Bezugsquellen-Verzeichnis.
Erscheint 2 mal wöchentlich.
Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Allgem. Verschiedenes
Kressin

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham
Hamb. Messina- u. Römertrank-Kell. C. 25 Barnimstr. 8a. Fernsp. Kgst. 13798

Bade-Anstalten
Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Koppenstr. 93 sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 8.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Bäcker- u. Konditoreien
Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.
A. Großkinsky, Boxhagenerst. 27.
Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow
Gegründet 1892.
Gust. Heintschel, Havelbergerstr. 26
F. Kiesewetter, Schivelbeinerstr. 16.
Felix Kynast, Dänenstr. 6.
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26.
Fritz Richter jr., Liebenwalderst. 13
Turban Filialen in allen Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Krüllst. 16
Zachan, Gr.-Lichterf., Chausseest. 86a
Paul Zastrow, Stromstr. 33.

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.
August Heitz 18 Detail-Geschäfte.
Herm. Kunert, Culmstr. 29
Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43
Uhly & Wolfram

Cigarrenfabriken
JUHL 250 GESCHÄFTE
G. Kaphun Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Fische, Conserven
P. Stachr, Fischhdlg. Räucherwar. Waldowweg 19 Fil. Frankfurt. Allee 151/52

Bierbrauerei., Bierhdlg.
Brauerei Bötzow empfiehlt **Qualitätsbiere** ersten Ranges.
Osw. Berliner Ur-Berliner, hell und dunkel
Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.
C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg
Brauerei Pfefferberg.
Trinkt Wanninger Bier!
Spandauerberg-Brauerei
Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97 Tel. Kgst. 2081, 2082

Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
G. Brucklacher, Oranienstraße 43
Carl Jung, Stromstr. 31.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest

Bandagen, Gummiw.
R. Bauke, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166

Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Fritz Radowenzl, 5a

Essigfabriken
Timmer-Essig überall erhältlich!

Fleisch- u. Wurstwaren
W. Beck Inh.: Herm. Gerbach Charlottenburg, Berlinerst. 65-66 Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
August Lincke, Alte Jacobstr. 36.
Luebke, Joh. Rostockerstraße 43. Fleisch- u. Wurstfabr.
A. Möbes Nchf. Fleischwaren u. Wurstfabrik Berlin N 24 Oranienburgerst. 4
Paul Spenn, Kopenhagenerstr. 35
Paul Zwarg, Landsberg. Allee 136.

Herren- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 36, Ecke Prinzen-Allee.
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 3. Eckhaus Linienstr
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 79a

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46.
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19

Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwe. Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen. Nur reelle Qualitäten
Anerkannt vorteilhafte Bezugsquelle **Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc.**
Hamburger Kaffee-Importgeschäft **Emil Tengelmann**

Kolonialwaren
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Franz Richter, Malplaquetstr. 34/36

Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbeinerst. 21.

Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Muskauerstraße 44. Neukölln, Elbestr. 33, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weserstr. 189, Friedelstr. 23. Treptow, Grätz-Straße 64.
Gaege, Otto Charlottenburg.
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
F. W. Sichter Wrangelstr. 73 Ecke Cuvrystr.

Molkereien
„Schweizerhof", Meierei und Milchkuranstalt. Emdener Str. 46. □ Tel. II 2506.

Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nklln. Bergstr. 14

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 36 Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.

Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 3, auch Gelegenheitskf.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Photograph. Ateliers
R. Maerz, Badstrasse 65.

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg Boonekamp SEMPER IDEM anerkannt bester Bitterlikör

Versicherungen
„Deutschland" Berlin Arbeiterversicherung — Sterbekassenversicherg. Schützenstraße 3.

Meierei C. Bolle A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103
Ältester und grösster Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb

Schreibwaren
O. Prochnow, Nklln. Hermannstr. 49

Wirtschaften, Etablissemts
Hackepeter Schöneberg Hauptstr. 139.
Die erste selbstspiel. Doppelgeige **Patzenhofer** J. Guggenberger, Rosenthalerstr. 54.
O. Rohloff, Oderst. 1, Brauerei Königstadt
Original-Schultheiß-Ausschank Alexanderpl., Rich. Schloßnies.

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40

Zahnateliers
W. Best, Skalitzerstr. 63 E. Wrangelstr.

Mahlsdorf
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.

Mariendorf
H. Wagner, Königst. 11, Fleisch.-Wurstw.

Spandau
Scheerlein, Breitest. 35, Fleisch.-Wurstw.

Straußberg
Gewerkschaftsh. W. Magnus empf. s. Ver.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.